



Hauptausschuss

3. Sitzung (öffentlich)

27. Oktober 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:06 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 | Einführung in die politischen Schwerpunkte der Landesregierung im Bereich des Hauptausschusses in der 18. Wahlperiode <i>(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)</i> | 6 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/326 | |
| | – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| | – Wortbeiträge | |
| 2 | Aktueller Sachstand der Umbaukosten der Staatskanzlei <i>(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])</i> | 13 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/323 | |
| | – Wortbeiträge | |

3 Nebentätigkeiten von Beschäftigten der Landesregierung in zeitlicher Nähe zur Landtagswahl 2022 *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **15**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/313

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt Vorlage 18/313 zur Kenntnis.

4 Nachtragshaushalt 2022: 29 neue Stellen für die Staatskanzlei *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **16**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/312

– Wortbeiträge

5 Vorstellung des dritten Berichts der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen **17**

Bericht
der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen
Vorlage 17/6779

– Wortbeiträge

6 Berichterstattung gemäß § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz NRW sowie über den Verfassungsschutzbericht 2021 *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6740
Vorlage 18/311

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

7 Verschiedenes

51

hier: **Sitzungstermine 2023** (s. Anlage 2)

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine für das Jahr
2023.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Klaus Vossemer** die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, Herrn Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski, Herrn Staatssekretär Dr. Bernd Schulte, die Antisemitismusbeauftragte des Landes-Nordrhein-Westfalen, Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, und Herrn Ministerialdirigent Jürgen Kayser sowie die Ausschussmitglieder, die Referentinnen und Referenten, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und die Zuhörerinnen und Zuhörer, die am heutigen Vormittag die Sitzung verfolgen würden.

Zur Tagesordnung habe ihn der Wunsch erreicht, dass die Tagesordnungspunkte 4, 5 und 6 im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 1 beraten werden sollten. Hintergrund seien terminliche Gründe von Herrn Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski. Die Obleute hätten im Vorfeld dazu Einvernehmen erzielt. Er frage, ob es Einwände gebe. – Das sei nicht der Fall. Dann habe der Ausschuss einvernehmlich festgelegt, dass die Tagesordnung in einer geänderten Reihenfolge abgearbeitet werde.

1 Einführung in die politischen Schwerpunkte der Landesregierung im Bereich des Hauptausschusses in der 18. Wahlperiode *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/326

Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski (Landesregierung) trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben uns als Landesregierung entschieden, dass wir auch in diesem Ausschuss von der Möglichkeit einer Kleinen Regierungserklärung Gebrauch machen wollen. Das ist nicht unbedingt Usus im Hauptausschuss, allerdings sind die Zeiten so, wie sie sind, und die neue Landesregierung hat sich eine Menge vorgenommen, was auch den Hauptausschuss in seiner Zuständigkeit betrifft. Insofern dachten wir, es ist sinnvoll, wenn wir das einmal im Zusammenhang darstellen als Grundlage dessen, was wir hier einbringen.

Ich will direkt vorweg sagen: Ich werde Ihnen diese Kleine Regierungserklärung im Nachgang auch als Manuskript zur Verfügung stellen, sodass das jetzt vielleicht das Mitschreiben an der Stelle erleichtert.

Ich will einige wesentliche Punkte skizzieren. Die Zeit – ich habe es gerade angesprochen –, in der wir uns bewegen, ist geprägt von vielfältigen Herausforderungen: dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine mit all seinen Folgen, Millionen Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, Flüchtlingen auch über die Ukraine hinaus, damit verbunden der Energiekrise, den Fragen der Versorgungssicherheit, der Rekordinflation – ich mache das jetzt bewusst im Staccato-Stil, das kennen Sie alle und muss ich nicht weiter vertiefen. Das ist eine Zeit mit großen nationalen, internationalen, auch sicherheitspolitischen Aufgaben, die uns auch vor Augen führt – und dann komme ich schon zu Themen, die diesen Ausschuss wesentlich betreffen –, dass Frieden, Freiheit und Demokratie nicht so selbstverständlich sind, wie wir es vielleicht lange geglaubt haben.

Diese gesellschaftlichen Folgen all der Herausforderungen, die ich gerade beschrieben habe, werden uns wahrscheinlich in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren hier noch mehrfach beschäftigen, nämlich die Fragen: Wie stärken wir den Zusammenhalt, wie stärken wir unsere Demokratie und vor allem auch, wie treten wir denen gegenüber, die Freiheit, Frieden und Demokratie anders definieren, als das der Tradition unseres Landes entspricht?

Unsere aktuelle Situation mahnt uns, für demokratische Werte einzustehen. Wir möchten als Landesregierung unsere Demokratie in allen Facetten, die sich da bieten, stärken. Ein erstes Stichwort, das ich nennen will, ist das Stichwort Beteiligung. Demokratie lebt vom Mitmachen, und deshalb wollen wir als Landesregierung die Beteiligungsmöglichkeiten für diejenigen, die aus unserer Sicht vielfach noch unterrepräsentiert sind, verstärken. Wir werden dazu das Wahlalter auf 16 Jahre herab-

setzen. Das soll jungen Menschen früher noch Partizipation ermöglichen. Wir haben dazu in diesem Ausschuss vielfach schon in der vergangenen Legislatur und auch davor diskutiert, und wir wollen an der Stelle jetzt ins Handeln kommen. Das gilt auch für die Absicht, dass wir jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Möglichkeit geben wollen, als sachkundige Bürger in kommunalen Ausschüssen mitarbeiten zu dürfen. Das betrifft jetzt im Wesentlichen junge Leute, was ich bisher gesagt habe.

Wir haben uns darüber hinaus – Sie konnten es nachlesen in unserem Zukunftsvertrag – zum Ziel gesetzt, den Anteil von Frauen in Parlamenten zu steigern. Wir werden zudem zwei Bürgerräte einsetzen, um unterschiedliche Perspektiven auf Entscheidungsprozesse zu ausgewählten Themen noch stärker als bisher einbeziehen zu können. Der Ministerpräsident hat in seiner Rede nach der Wahl bereits gesagt, dass er immer, wo es geht, das Miteinander in diesem Parlament suchen will, auch über die regierungstragenden Fraktionen hinaus. Das gilt in besonderer Weise für die Themen und Projekte im Kontext Demokratie, in jedem Fall für die Fraktionen, die bisher diese Demokratie maßgeblich und positiv geprägt haben.

Ein zweites Stichwort nach der Beteiligung ist das Stichwort politische Bildung. Demokratisches Bewusstsein und Handeln müssen jeden Tag erlernt und gelebt werden. Deshalb wollen wir unsere Landeszentrale für politische Bildung stärken. Wir werden den Demokratiebericht, der eingeführt worden ist, fortschreiben, und wir wollen Schulen in der Vermittlung für demokratisches Handeln und Denken bei den notwendigen Kompetenzen weiter unterstützen.

Wir wollen unsere Demokratie nicht nur stärken, sondern auch vor ihren Feinden schützen. Es gehört zur Realität dazu, dass wir das stärker vielleicht als früher anerkennen. Deshalb werden wir bei Angriffen gegen unsere Demokratie keine Toleranz zeigen. Es ist wichtig, dass die Landeszentrale zu dem, was dazu führt, Aufklärung betreibt. Sie ist von zentraler Bedeutung für die Prävention gegen Extremismus jeder Form und Diskriminierung. Ich will das hier so sagen: Unserer Demokratie droht ein Vertrauensverlust, wenn wir die dringenden Probleme unserer Zeit nicht lösen. Und insbesondere Rechtsextremisten versuchen, vorhandene Sorgen und Unsicherheiten für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Darin sehen wir, darin sehe ich die aktuell größte Gefahr für unsere Demokratie.

Das haben nicht nur die Anschläge der vergangenen Jahre auf Walter Lübcke sowie diejenigen in Halle und Hanau deutlich gemacht, sondern auch viele politisch rechts motivierte Straftaten hier in Nordrhein-Westfalen. Das gehört zur Realität in unserem Land leider dazu. Deshalb wollen wir die Beratungsstruktur in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus stärken: die Förderung von der Opferberatung über die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus bis hin zur Aussteigerberatung. Wir werden das auf jeden Fall fortsetzen, aber wir wollen es auch verstärken, und wir werden auch die Kommunen in ihren Bemühungen unterstützen, beispielsweise bei der Ausweitung des Programms NRWeltoffen. Die Maßnahmen der Landeszentrale für politische Bildung gegen Linksextremismus werden fortgeführt.

Ich komme zur Erinnerungskultur. Neben der politischen Bildung ist die Landeszentrale für die historisch-politische Bildung und die Förderung der Gedenkstättenarbeit zuständig. In Nordrhein-Westfalen gibt es eine lebendige Erinnerungskultur, die wir

stets in einem weiten, demokratischen Miteinander auch gestärkt haben. Die Erinnerung an die Opfer des NS-Terrors werden wir weiter wachhalten. Wir tragen an der Stelle, glaube ich, alle als Demokratinnen und Demokraten gemeinsam Verantwortung dafür. Das wollen wir auch zum Ausdruck bringen in der Förderung der Gedenkstätte Stalag 326. Auch hier wollen wir als Land unseren Anteil, unseren Beitrag dazu leisten, das grausame Kapitel der sowjetischen Kriegsgefangenen bekannter zu machen und dieser zu gedenken.

Das Gedenken überhaupt an die NS-Opfer wird zentral bleiben für unsere Erinnerungskultur. Wir wollen darüber hinaus stärker als bisher die gesellschaftliche Auseinandersetzung im Kontext der deutschen Verantwortung in der Kolonialgeschichte fördern und auch das im Rahmen der Erinnerungskultur in den Blick nehmen.

Ich möchte zu den Fragen des bürgerschaftlichen Engagements kommen, das sich in dieser Zeit noch mal besonders als Rückgrat unserer Demokratie erweist. Das gilt besonders in Krisenzeiten. Wir alle haben es während der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021 erlebt, als Männer und Frauen der freiwilligen Feuerwehren, der Hilfsorganisationen, des THW, aber ebenso viele Spontanhelferinnen und Spontanhelfer vor Ort geholfen haben. Wir haben es erlebt in der Pandemie, als Jüngere für Ältere den Wocheneinkauf erledigt haben oder auch jetzt, wo viele Menschen dabei helfen, dass wir Menschen, die vor Krieg und Hunger fliehen, ein Zuhause geben.

Die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements zeigt sich fernab dieser Krisenzeiten auch im ganz normalen Alltag. Wenn ich an die Jugendhilfe denke, an den Sportverein oder auch die Seniorenbegleitung: Der Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern macht unser Land stark. Deswegen wollen wir als Landesregierung das ehrenamtliche Engagement stärken und die Rahmenbedingungen dafür verbessern. Wir werden das in den bewährten Strukturen tun, aber auch neue in der Entstehung unterstützen. Hierzu hat die Landesregierung im Februar 21 in der vergangenen Legislaturperiode bereits eine Engagementstrategie verabschiedet. Vieles davon wird so fortgeführt beziehungsweise im Weiteren auch aufgegriffen werden.

Das gilt etwa für das Förderprogramm in der Kleinstförderung oder auch die Förderung von Qualifizierungsangeboten, die Finanzierung des Landesnetzwerks oder auch die Einrichtung einer Landesservicestelle für bürgerschaftliches Engagement. Das sind alles Dinge – Sie alle sind tagtäglich im Austausch mit den Engagierten vor Ort –, die nicht nur ein Zeichen der Anerkennung sind, sondern tatsächlich auch faktisch helfen.

Das gilt natürlich auch bei ganz pragmatischen Fragen wie dem Versicherungsschutz etwa oder der Ehrenamtskarte. Das alles werden wir sowohl als Land als auch dort, wo die Kommunen aktiv sind, weiter unterstützen, denn Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, schenken Zeit und sie fördern das Miteinander. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, werden das noch erforderlicher machen als bisher.

Das gilt natürlich auch, wenn es um das Sichtbarmachen geht, also etwa über den Engagementpreis NRW. Das wollen wir weiterhin tun. Meine Kollegin Andrea Milz,

die hier auch im Ausschuss schon vielfach war, wird dieses Feld weiter beackern und sicherlich auch in diesem Ausschuss dazu regelmäßig Rede und Antwort stehen.

Ich komme nach dem bürgerschaftlichen Engagement zu einem weiteren Thema, von dem wir glauben, dass das auch diesen Ausschuss beschäftigen sollte. Wir haben uns das zumindest für die Staatskanzlei als Regierungszentrale vorgenommen. Das ist das Thema demografischer Wandel, einerseits ein Evergreen der politischen Debatte, also immer wieder Thema, aber vielleicht auch gerade deshalb dann häufig nicht genug beziehungsweise nicht bis zum Ende.

Es ist ein Thema, das längst bei uns in Deutschland, auch hier in Nordrhein-Westfalen angekommen ist: die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft. Der Anteil der Menschen über 67 Jahre steigt im Vergleich zur Erwerbsbevölkerung in Nordrhein-Westfalen von 30 % heute auf 42 % im Jahr 2050 an. Das ist eine gewaltige Steigerung, wenn man weiß, was damit verbunden ist, für viele Systeme der Solidarität in unserem Land. Diese Entwicklung hat Auswirkungen nicht nur auf die Sozialsysteme, sondern auch auf Fragestellungen wie Fachkräftemangel oder auch das Miteinander der Generationen. Damit kommt aus unserer Sicht neben den Fachausschüssen, die sich mit den Auswirkungen vielfach beschäftigen, auch der Hauptausschuss ins Spiel.

Und das gilt auch für einen Aspekt, den man im Kontext des demografischen Wandels sehen muss und den der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung deutlich herausgestellt hat, nämlich die Herausforderung unter dem Stichwort Einsamkeit. Der Ministerpräsident hat es so formuliert: Eine Wohlstandsgesellschaft, die Einsamkeit hinnimmt, beraubt sich ihres wahren Vermögens. Um das jetzt nicht nur in der Rede und politisch zu betonen, sondern auch im Handeln der Landesregierung haben wir in der Staatskanzlei eine Stabsstelle „Demografischer Wandel und Einsamkeit“ geschaffen und wollen das Thema als Querschnitt aus der Regierungszentrale heraus behandeln.

Ich komme nach dem demografischen Wandel zu einem anderen Aspekt dessen, was wir uns im Zukunftsvertrag vorgenommen haben und was wir auch aus der Staatskanzlei heraus bearbeiten wollen. Das ist das ganze Thema der Entbürokratisierung. Wir haben uns im Zukunftsvertrag vorgenommen, dass wir künftig Programme, Handeln der Landesregierung, der Landesverwaltung stärker daraufhin überprüfen, ob sie wirksam, bürokratiearm und effizient sind und ob sie tatsächlich auf unsere Nachhaltigkeitsziele einzahlen.

Ich war gestern Abend zu Gast bei der Verleihung des NRW-Medienpreises für entwicklungspolitisches Engagement. Da ging es viel um die 17 SDGs. Das sind Dinge, die wir nicht nur mit den kleinen Dingen der Entwicklungszusammenarbeit verfolgen, sondern wenn wir es richtig machen, dann zahlt unsere Kernarbeit in den Bereichen, wo wir massiv engagiert sind, auf diese Ziele ein. Das wollen wir auch neben der Verringerung der Bürokratie und Wirksamkeit und Effizienz in dieser Arbeitseinheit, die wir in der Staatskanzlei geschaffen haben und die Sie im Nachtragshaushalt sehen werden, noch einmal überprüfen.

Das alles soll ressortübergreifend stattfinden – deswegen auch in der Regierungszentrale. Wir wollen dabei neben einem Bürokratiecheck auch weitergehen und darüber nachdenken: Ist der Aufgabenkatalog für das Land, so wie er da liegt, richtig definiert? Gibt es Dinge, wo es andere Erwartungen gibt? Und natürlich alles im bestehenden Rechtsrahmen. Aber das zu überprüfen, dem dient diese Arbeitseinheit.

Dass wir als Staatskanzlei auch bei den Bundes- und Bundesratsangelegenheiten engagiert sind, brauche ich, glaube ich, hier nicht weiter ausführen. Die Ministerpräsidentenkonferenz ist spätestens seit Corona jedem Mitbürger, jeder Mitbürgerin in Deutschland ein Begriff. Ich glaube, dass sie sich erwiesen hat als ein Ort für passgenaue Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen. Das wird mal mehr gesehen, mal weniger, manchmal auch erst im Nachhinein. Aber insgesamt hat sie sich als wichtiger Problemlöser für unsere föderale Republik erwiesen. Wir haben im vergangenen Jahr als Vorsitz-Land Nordrhein-Westfalen daran einen wichtigen Anteil gehabt. Ich will an der Stelle noch einmal Dank sagen auch für die Unterstützung, die wir aus dem Hauptausschuss dazu erfahren haben. Das gilt auch für die Ausstattung der Staatskanzlei für diese Zeit.

Wir sind jetzt im Ko-Vorsitz. Da wir uns nicht so, wie das eigentlich üblich ist, im dreimonatlichen Rhythmus treffen, sondern momentan im zweiwöchentlichen ist damit auch sehr viel Arbeit verbunden. Deswegen sind wir sehr froh und dankbar, dass wir an der Stelle über eine gewisse Ausstattung verfügen, die es uns erlaubt, dieser Koordinierungsfunktion auch tatsächlich nachzukommen.

Das werden wir natürlich auch im Bundesrat tun, die Interessen Nordrhein-Westfalens vertreten. Auch hier ist die Taktung eine andere als zu Normalzeiten. Sie werden es vernommen haben, dass nicht zuletzt in der Pandemie die Fristverkürzung fast schon zum Regelfall geworden ist. Wir sind uns einig als Länder, dass das nicht so bleiben soll. Wir insistieren da auch. Ich glaube auch, dass wir jetzt etwa bei der Beratung des Entlastungspakets an einigen Stellen durch eine frühzeitige Intervention dazu beigetragen haben, dass ermöglicht wird, dass bestimmte Gesetze auch tatsächlich noch den Fachausschuss im Bundesrat erreichen. Wenn das nicht der Fall ist, kann man die Ergebnisse leider häufig erst im Nachhinein besichtigen, wenn Dinge dann korrigiert werden müssen. Das ist dann häufig im Ergebnis – zeitlich kommt es aufs Gleiche raus – politisch mit viel mehr Flurschaden verbunden. Insofern wollen wir an der Stelle dazu beitragen, dass wir hier wieder in geregelte Verfahren kommen.

Das gilt auch für Instrumente wie den Vermittlungsausschuss, der zu vielen Zeiten in dieser Republik ein völlig normales Gremium war, mittlerweile direkt als Problemfall angesehen wird, wenn es in die Richtung geht. Ich glaube, an der Stelle tritt derzeit allseits in der Bundesregierung, aber auch in den Landesregierungen eine gewisse Entspannung oder Normalisierung ein, dass es zum Miteinander von Bund und Ländern einfach dazu gehört, dass man bei Dingen, die sehr weitreichend sind, gegebenenfalls dieses Gremium aufsucht, was sich ja auch als Konfliktlöser erwiesen hat.

Wichtig ist bei all dem, dass Politik transparent ist, dass sie erklärt werden kann, besonders bei den Aufgaben, für die die Länder in der Pflicht sind. Wir haben im Sinne einer bürgerorientierten Transparenz kurz nach der Regierungsbildung bereits begonnen, das Abstimmungsverhalten des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat am gleichen Tag zu veröffentlichen, sodass jede Bürgerin, jeder Bürger einsehen kann, und zwar recht einfach einsehen kann, wie das Land Nordrhein-Westfalen abgestimmt hat. Das konnte man vorher auch, das hat aber einen gewissen Fleiß und auch eine gewisse Inside-Kenntnis verlangt. Diese Hürde haben wir an der Stelle abgebaut.

Ich komme zu den letzten Punkten. Ich möchte noch etwas sagen zu den Angelegenheiten der Kirchen und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die uns auch in diesem Ausschuss vielfach beschäftigen. Natürlich werden wir als Landesregierung die bewährte Partnerschaft mit den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften fortsetzen. Auch in diesem Themenbereich gibt es also viel Kontinuität, aber auch neue Akzente. Unser Land ist von großer religiöser Vielfalt geprägt. Wir wollen hier an der Stelle werben für Offenheit, Toleranz und Respekt, die das Zusammenleben aus unserer Sicht maßgeblich gestalten. Deswegen wollen wir den Dialog zwischen den Religionen weiter begleiten und unterstützen.

Ein Thema, das diesen Ausschuss gegebenenfalls auch beschäftigen wird, ist die Frage der Ablösung der Staatsleistungen. Sollte der Bund hierfür ein Grundsatzgesetz aufstellen, sind wir als Landesregierung offen für eine entsprechende Vereinbarung mit den Kirchen. Derzeit laufen dazu erste Gespräche des Bundes, der Länder und der Kirchen. Das zu diesem Thema.

Und dann, passend zu unserem späteren Bericht von Frau Leutheusser-Schnarrenberger, haben wir im vergangenen Jahr das Festjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ begangen. Wir haben hier im Ausschuss schon ein positives Fazit gezogen, dass es gelungen ist, jüdisches Leben, jüdische Kultur und Religion besser bekannt zu machen. Darauf sind wir stolz, und das wollen wir auch weiter stärken und fördern. Wir sind auch mit dem Verein weiter im engen Austausch. Heute wird es im Weiteren in der Tagesordnung um den dritten Bericht der Antisemitismusbeauftragten gehen. Ich bin froh und dankbar, dass uns Frau Leutheusser-Schnarrenberger für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung steht.

Ich möchte darüber hinaus auf die Musliminnen und Muslime als wichtigen Teil unserer Gesellschaft eingehen. Es versteht sich von selbst aus unserer Sicht, dass die islamischen Gemeinschaften, die die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen, als Religionsgemeinschaften anerkannt werden. Wir haben das hier schon häufig diskutiert und werden das sicherlich auch in dieser Legislatur wieder tun. Das muss natürlich im Einzelfall geprüft werden. Das gilt natürlich auch für Themen wie die Entwicklungen beim Religionsunterricht oder bei der Imam-Ausbildung.

Last, but not least die Staatsverträge, die den Hauptausschuss auch betreffen: Ich will drei nennen, weil sie aktuell in der Vorbereitung sind, auch im Sinne eines Berichts. Das sind jetzt zwar nicht die politischen Schlagzeilenthemen dieser Tage, aber auch das muss erledigt und abgearbeitet werden. Erstens das Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen

in Düsseldorf: Hier handelt es sich um die bundesweit einzige länderübergreifende Einrichtung zur Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Beschäftigten im öffentlichen Gesundheitsdienst. Ich nenne das auch, denn es gab eine Zeit in der Pandemie, da war der ÖGD Schlagzeilenthema, da haben sich alle damit befasst, sogar Konferenzen von Bundeskanzlerin und Regierungschefs. Solches Bewusstsein verdunstet häufig sehr schnell, aber es kann sehr schnell wieder eine Situation kommen, wo wir uns daran erinnern. Ich glaube, die Öffentlichkeit würde uns dann nicht verzeihen, wenn wir nicht bestimmte Lehren aus dieser Zeit gezogen hätten. Insofern mag diese Akademie ein Beitrag dafür sein.

Das Zweite ist der Medienänderungsstaatsvertrag, der den Landtag erreicht hat und zu dem ich jetzt, glaube ich, nicht weiter ausführen muss. Zum Dritten sind es die Planungen für einen Staatsvertrag zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen über die Vereinigung der LBS/Westdeutsche Landesbausparkasse. Das nur der Vollständigkeit halber. Natürlich werden wir den Landtag über den Fortgang informieren, und dann würde er ohnehin involviert sein.

Soweit ein Überblick über die relevanten Punkte für den Hauptausschuss, soweit heute absehbar, in der 18. Wahlperiode. Ich freue mich auf weiterhin einen konstruktiven Austausch in diesem Ausschuss. – Herzlichen Dank.

Vorsitzender Klaus Vossemer bedankt sich für die Unterrichtung. Ergänzend weise er auf den dem Ausschuss zugegangenen Bericht Vorlage 18/326 hin. Es bestehe Einvernehmen, dass der Ausschuss die Aussprache zu der Unterrichtung und den Bericht der Landesregierung in der nächsten Sitzung vornehmen werde. Gleichwohl könnten zu diesem Zeitpunkt Verständnisfragen gestellt werden.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) hat eine ergänzende Frage. Der Ausschuss habe sich in den letzten acht Jahren intensiv mit dem Thema Glücksspielstaatsvertrag befasst. Sie wundere sich, dass der Glücksspielstaatsvertrag bei der Aufzählung der Staatsverträge, mit denen sich der Ausschuss befasse, nicht erwähnt worden sei. Das werde keine neue Sache sein, aber vielleicht eine Evaluierung oder eine nochmal kritische Inaugenscheinnahme. Denn die Entwicklung sei weitergegangen. Sie frage, ob es Neuigkeiten dazu gebe.

Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski (Landesregierung): Das Thema sei zwar noch auf dem Schirm, aber er habe ausgeführt, jetzt gehe es im Wesentlichen darum, diesen Staatsvertrag umzusetzen und den Vollzug an der Stelle auch sicherzustellen. Das sei Sache der Innenminister. So sehe es auch die Konferenz der Regierungschefinnen und -chefs der Länder. Wenn es den Staatsvertrag irgendwann wieder berühren sollte, dann sehe er es auch als naturgemäß an, dass das dann auch den Hauptausschuss betreffe. Aber was die Fragen des Vollzugs angehe, die sehe er jetzt im Bereich Inneres.

2 **Aktueller Sachstand der Umbaukosten der Staatskanzlei** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/323

Sven Wolf (SPD) führt aus, die Landesregierung habe die Frage nach Kostensteigerung sehr klug umschiffert. Deswegen werde er sie trotzdem noch mal stellen und fragen, ob der Minister inzwischen abschätzen könne, ob es Kostensteigerungen gebe, die relevant seien.

Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski (Landesregierung) antwortet, er könne jetzt keine genauen Zahlen nennen.

Er verweise auf die Umstände dieses Umbaus. Der BLB sei dafür zuständig und kenne auch die genauen Zahlen. Er glaube – so sei es ihm zumindest berichtet worden –, dass man sich im Vergleich zum März, als der Ausschuss ausführlich darüber gesprochen habe, im derzeit öffentlich gewöhnlichen Rahmen bewege, was Verzögerungen oder auch Kostensteigerungen angehe. Davor habe es in der Tat einige Sondereffekte gegeben. Er habe dazu auch im März berichtet. Er erinnere an seine Ausführungen zu dem Fundament, was nicht da gelegen habe, wo es laut Plänen liegen sollte. Das habe die Landesregierung in der Tat vor einige Herausforderungen gestellt. Die seien zwischenzeitlich abgestellt oder dabei abgestellt zu werden, und seitdem sei man im Rahmen dessen unterwegs, was man allseits bei Bauvorhaben an Kostensteigerungen beobachte, wenn es um Materialkosten, um zusätzliche Planungskosten oder auch Verzögerungen gehe, weil Lieferengpässe im Kontext der Großwetterlage bestünden.

In dem Sinne – der BLB sehe es auch so – habe man keine Sondereffekte seit dem März gehabt. Wenn nun gefragt werde, was denn jetzt der normale Rahmen sei, dann könne er diese Zahl leider nicht liefern.

Dirk Wedel (FDP) regt an, um das Ganze übersichtlicher zu gestalten, dass man vielleicht eine Darstellungsform der Zahlen wähle, die das Ganze vergleichbar mache. Dabei könnte man sich an der Vorlage 17/5734 orientieren. Das sei die Grundvorlage, auf die praktisch auch die Staatskanzlei letztlich Bezug nehme. Das sei eine Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuss, in der das alles sehr systematisch aufgegliedert worden sei. Danach ebbe das mit der Systematik immer weiter ab.

Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski (Landesregierung) erklärt, er sei immer für Systematik, als Chef der Staatskanzlei allzumal. Aber die Staatskanzlei versuche natürlich, auf die mitunter sehr speziellen Fragen auch Antworten zu geben. Wenn das nicht immer im Rahmen einer allgemeinen Systematik möglich sei, dann tue ihm das leid. Die Staatskanzlei habe mitunter sehr zielgenaue Nachfragen bekommen und versuche, die natürlich auch zu beantworten.

Herr Wedel nenne die Ausgangsvorlage. Dass die Welt damals eine andere gewesen sei, wolle er der Vollständigkeit halber auch anfügen. Natürlich habe es seitdem diese Zwischenberichte gegeben. Aber was gefragt werde, wolle man gerne beantworten. Die Zahl der Vorlagen dazu könne sich mittlerweile sehen lassen.

Sven Wolf (SPD) bittet den Minister zu versuchen, beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb aktualisierte Zahlen zu bekommen. Dann würde er die Anregung von Kollegen Wedel, die er für sehr klug halte, ergänzen, dass der Minister im nächsten Hauptausschuss noch einmal berichte und der Ausschuss dann eine etwas griffigere Darstellung der allgemeinen Baukostensteigerung bekomme.

Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski (Landesregierung) erklärt, das nehme er gerne mit. Wenn das als Wunsch geäußert werde, werde die Staatskanzlei schauen, das bei künftigen Berichten entsprechend zu berücksichtigen.

Er wolle aber die Gelegenheit nicht verpassen, auch über Fortschritte zu berichten. Nachdem er im März hier zu den Erkenntnissen aus dem Bau und den Auswirkungen von Schwierigkeiten bei Ausschreibungen ausgeführt habe, so befinde man sich mittlerweile in einer Situation, in der man einen Fortschritt erkennen könne. Er hoffe, dass der Landtag daran auch bald insofern partizipieren könne, als dass die vierte Etage, die für Veranstaltungen gedacht sei, zunehmend zugänglich werde und hoffentlich dann bald auch wieder als Fläche für Veranstaltungen zur Verfügung stehe. Dann könnten sich die Abgeordneten hoffentlich bald ein Bild vom Fortschritt und von der – wie er finde – angemessenen Ausstattung der Staatskanzlei selber machen.

Vorsitzender Klaus Vossemer hat dem Hinweis von Herrn Wolf entnommen, dass dieser Punkt in der nächsten Sitzung noch einmal beraten werden solle.

Sven Wolf (SPD) verweist auf den Vorschlag des Kollegen Wedel. – Man könne den Berichtswunsch dem Sekretariat vielleicht noch einmal gemeinsam übermitteln.

Vorsitzender Klaus Vossemer hält fest, das sei aufgenommen worden. Insofern werde das automatisch erfolgen.

3 Nebentätigkeiten von Beschäftigten der Landesregierung in zeitlicher Nähe zur Landtagswahl 2022 (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/313

Sven Wolf (SPD) meint, er hätte dazu Fragen, wenn im Bericht etwas gestanden hätte. Aber da im Bericht nichts stehe und nur auf bereits erfolgte Antworten verwiesen werde, seien die Fragen seiner Fraktion weiterhin offen, es gebe keine Antwort. Das stelle er hiermit fest.

Der Ausschuss nimmt Vorlage 18/313 zur Kenntnis.

4 Nachtragshaushalt 2022: 29 neue Stellen für die Staatskanzlei (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/312

Elisabeth Müller-Witt (SPD) geht davon aus – der Bericht über die kommenden Tätigkeiten über die Staatskanzlei sei am Vortag eingegangen –, dass diese 29 Stellen für diese neue interessante Abteilung in der Staatskanzlei vorgesehen seien, die dokumentiere, dass Verwaltung aufgebaut werde, um Verwaltung abzubauen.

Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski (Landesregierung) legt dar, wie dem Nachtrag zu entnehmen sei, beziehe sich das nicht auf die 29 Stellen, die Frau Müller-Witt zitiere, sondern auf fünf davon. Insofern müsse die Zuordnung schon korrekt sein. Die weiteren Stellen würden auch im Nachtrag entsprechend erläutert.

Wenn Frau Müller-Witt sich den Haushaltsplan 2023 angeschaut habe, werde sie gesehen haben, dass die Staatskanzlei keine weiteren Stellen anmelde. Das habe damit zu tun, dass im Sinne der Haushaltsklarheit und -wahrheit alles das, was an Umstellungen, an Schlussfolgerungen aus dem Vollzug der letzten fünf Jahre, an Aufgaben aus dem neuen Koalitionsvertrag folge, all das, was sich für einen Nachtrag nach einer Regierungsbildung gehöre, im Nachtrag entsprechend abgebildet werde. Dementsprechend habe die Staatskanzlei aufgrund der zeitlichen Nähe von Anmeldungen für den Haushalt 2023 abgesehen.

5 Vorstellung des dritten Berichts der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen

Bericht

der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage 17/6779

Vorsitzender Klaus Vossemer: Ich darf hierzu noch mal ganz herzlich in unserer Runde Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger begrüßen. Wir haben es eben schon bei der Einführung in die politischen Schwerpunkte gehört: Es ist eine zentrale Aufgabe von Politik und Gesellschaft im Land Nordrhein-Westfalen, die Sie für uns dankenswerterweise wahrnehmen. Es ist guter Brauch, auch Ihren Bericht einmal im Jahr hier im Hauptausschuss vorzustellen und zu beraten. Ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ihnen liegt mein Bericht für das letzte Jahr vor. Wir haben im großen Teil umgestellt von gedruckten auf digitale Exemplare. Natürlich ist es schön, auch mal einen dabei zu haben, aber wir verteilen ihn doch vorwiegend digital.

Er enthält neben der Feststellung der Situation des Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen auch eine Bilanz über meine Tätigkeit, besonders die Tätigkeit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Büro der Antisemitismusbeauftragten, und, ja, ich kann hier nicht Entwarnung geben, dass Antisemitismus nicht mehr ein wichtiges Thema wäre, das uns alle fordert. Nein, Antisemitismus ist in allen Gesellschaftsbereichen zu finden, und wenn man sich die Zahlen ansieht – die sind jetzt schon oft genannt worden –, dann war das Jahr 2021 doch ein Jahr, in dem die Zahlen antisemitisch motivierter Straftaten in Nordrhein-Westfalen deutlich zugenommen hatten auf 437, bundesweit über 3.000. Das waren deutliche Anstiege im Vergleich zum Jahr 2020.

Die Begründung dafür ist im Kern auf zwei Ursachen zurückzuführen, einmal: Antisemitische Straftaten, Äußerungsdelikte im Zusammenhang mit Anti-Coronademonstrationen, Versammlungen, und ein zweiter Schwerpunkt war in Verbindung mit dem Mai 2021 zu sehen. Sie erinnern sich, es kam zu Ausschreitungen in Israel im Nahen Osten, Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Israelis, und das hat dann unmittelbar auch Niederschlag in Deutschland und auch gerade in Nordrhein-Westfalen gefunden, sodass ungefähr 150 dieser 437 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund auf diesen Komplex – also Israel-Palästina-Konflikt – zurückzuführen sind. Das ist eine sehr hohe Anzahl.

Wenn wir die Entwicklung für dieses Jahr sehen, dann gibt es für das erste Quartal 2022 erste Zahlen, und die liegen bei 146 Delikten mit antisemitischem Hintergrund in Nordrhein-Westfalen. Für das dritte Quartal gibt es noch keine Zahlen. Das ist aber alles noch nicht endgültig, weil am Ende des Jahres dann immer wieder zugeordnet werden muss. Da können sich immer noch Veränderungen ergeben.

Auf Bundesebene liegt uns als letzte Information vor – das war von gestern, es ist auch in der „Welt“ berichtet worden –, dass es in den ersten drei Quartalen 2022 über 1.500 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund bundesweit geben soll. Was genau daraus auf Nordrhein-Westfalen entfällt – es ist noch nicht mit dem Landeskriminalamt, noch nicht mit den Zahlen hier in Nordrhein-Westfalen abgestimmt –, das kann daraus noch nicht hergeleitet werden.

Aber Zahlen, meine Damen und Herren, sind das eine. Sie sind quasi das, was uns begegnet, mit dem wir zu tun haben, weil es sich niederschlägt in staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren, in Vorgängen bei der Polizei. Aber dahinter steckt diese Einstellung, getragen von Judenfeindlichkeit, von Judenhass aus unterschiedlichen Begründungen heraus. Dieser Antisemitismus ist auch, wie ich in meinem Bericht dargestellt habe, nach wie vor der klassische Antisemitismus, es sind die Verschwörungsvorstellungen, die Weltherrschaft der Jüdinnen und Juden, aber genauso der sekundäre Antisemitismus und auch immer wieder – das zeigen die Vorgänge im Mai 2021 – ein israelbezogener Antisemitismus. Und alle diese Formen gibt es auch in Nordrhein-Westfalen.

Diese Delikte beziehen sich auf in den meisten Fällen Volksverhetzung – das ist der größte Teil –, Sachbeschädigungen, Propagandadelikte. Darauf ist die Verteilung vorzunehmen. Nach den Statistiken, den Zuordnungen für diesen Bereich politisch motivierter Kriminalität wird dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität – rechts der größte Anteil zugeordnet. Das ist auch etwas, was sich aus dem Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen ergibt, zwar ein leichter Rückgang, aber immer noch über 80 % Zuordnung in dem Bereich rechts.

Es gehört aber auch zur Erklärung dazu, dass es eine Besonderheit gibt, wenn im Internet Straftaten begangen werden. Da gibt es immer am Ende noch einige Delikte, das sind 61 für das letzte Jahr, die wirklich nicht zugeordnet werden können vom Tatort her. Immer dann, wenn man nicht zuordnen kann in Deutschland, wird das Nordrhein-Westfalen zugeordnet. Das ist also hier mit einzubeziehen. Ich habe das auch in meinem Bericht mit aufgenommen. Das gehört einfach zum Bild für die Straftaten mit dazu. Aber es handelt sich in jedem Fall, immer, um antisemitisch motiviertes Handeln, was sich so niederschlägt.

Vielleicht nur als kleinen, konkreten Einblick: Heute, als ich hier in den Landtag kam, wurde mir Post übergeben. Das sind also dann so schöne Eingaben: „Du Schlampe“ – „Antisemitismus ist alltäglich“, da steht dann dahinter „gut so“ – das, würde ich sagen, ist antisemitisch motiviert –, und da wird dann anonym hier geschrieben: „Ihr nutzlosen und unfähigen Politiker gehört wegen Landesverrat lebenslang hinter Gitter.“ Okay, damit kann ich leben. Ich gehe davon aus, es wird kein Verfahren wegen Landesverrat gegen mich eingeleitet werden. Aber das ist einfach so etwas, was man einfach nur sehen muss. Da wird jetzt auch eine Ermittlung zu keinem Erfolg führen, es ist anonymisiert. Aber das kommt täglich vor.

Und ob das hier jetzt zur Anzeige führt, muss man noch überlegen. Dann haben wir noch wieder eine Zahl mehr. Aber es gibt sehr viele Vorfälle, die gar nicht zu einer Anzeige führen, die wir aber einfach mit im Blick haben müssen, weil das Äußerungen sind, die auf diese Einstellungen zu Jüdinnen und Juden zurückzuführen sind und wo

nicht nur Jüdinnen und Juden betroffen sind, sondern alle, die sich in diesem Bereich engagieren, dann angegriffen werden können. Ich würde sagen, das gehört zu der harmlosen Kategorie.

Interessant ist, das wollte ich an dieser Stelle noch erwähnen – das ist auch in meinem Bericht nur kurz angesprochen –: Eine immer größere Rolle spielen die Imageboards. Darauf geht auch das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem letzten Lagebericht von 2020/21 ein. Das bedeutet, dass Bilder, Texte zusammengeführt werden in Internetforen, wo also kommuniziert wird und wo dann diese Memes zusammengestellt werden. Dazu habe ich in meinem Bericht auch einen Hinweis gegeben. Das ist etwas, was deutlich zunimmt. Das ist heute etwas fast zwangsläufig Zugehöriges zur Kommunikation unter Nutzung der digitalen Möglichkeiten, aber das ist jetzt nicht speziell eine Gruppe, die in NRW ist, sondern das ist grenzüberschreitend.

Aber das sind Ausdrucksformen, wo dann mit wirklich einfachen Bildern – ich habe mir das aus den letzten Publikationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz gestern noch einmal rausgesucht –, das sind dann so die typischen Stereotype, natürlich ein karikiertes Jüde, der natürlich lieber gestern als morgen umgebracht gehört, oder Darstellungen, die auch die Weltverschwörung, die Weltbeherrschung zum Inhalt haben. Das schlägt sich in unterschiedlichen Slogans, Videos, in Bild-Text-Kombinationen – und Bild spielt eine ganz entscheidende Rolle dabei – nieder. Das müssen wir insgesamt, wenn wir uns mit Antisemitismus befassen, im Blick haben.

In meinem Bericht ist dargelegt, welches die Schwerpunktbereiche für meine Tätigkeit im letzten Jahr gewesen sind. Das ist immer wieder der Bereich, der uns sehr viel beschäftigt, Schule/Bildung. In meinem Bericht habe ich dargestellt nicht nur, dass wir die verschiedensten Präventionsprojekte mit Schule machen, sondern auch systematisch eine Untersuchung zusammen mit der Ruhr-Universität Bochum und mit dem Ministerium für Bildung und Schule durchführen, „Antisemitismus im Unterricht“. Das hat sich durch Corona leider etwas verzögert, weil nicht in Schulen so gegangen werden konnte, wie das eben auch notwendig ist, weil das eine beobachtende Teilnahme in verschiedenen Unterrichtsfächern, auch in unterschiedlichen Schularten ist. Von daher musste das verlängert werden und wird jetzt im nächsten Jahr abgeschlossen werden.

Parallel dazu – und deshalb war mir das Projekt auch so wichtig zu unterstützen – werden Unterrichtsmaterialien erarbeitet. Es gibt vieles, ich weiß das von vielen Organisationen, von zivilgesellschaftlichen Initiativen. Aber ich halte es für gut und richtig, wenn es, vom zuständigen Ministerium gefördert, Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte gibt, um auf besondere Situationen vielleicht besser vorbereitet reagieren zu können. Und das sind Situationen, wie wir sie im Mai letzten Jahres erlebt haben, wenn der Israel-Palästina-Konflikt nach Nordrhein-Westfalen kommt und dann auch im Unterricht, an der Schule, auf dem Schulhof darüber nicht nur diskutiert, sondern vielleicht auch mit handfesteren Formulierungen umgegangen wird. Da kann nicht der ganze Nahostkonflikt aufgearbeitet werden, aber zu sagen, wir reden nicht darüber, das interessiert uns jetzt nicht, ist keine Antwort. Und da brauchen Lehrerinnen und Lehrer Hilfestellung. Dem dient auch nicht in erster Linie nur, aber auch mit dieses Projekt.

Wir haben Empfehlungen von der Kultusministerkonferenz, die zusammen mit dem Zentralrat der Juden und der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten

erarbeitet wurden. Die müssen jetzt umgesetzt werden. Was gründet man, wenn man etwas umzusetzen hat? Ganz wichtig, einen Arbeitskreis, eine Arbeitsgruppe. Aber es ist ein sehr umfangreicher Empfehlungskatalog, der aufgestellt worden ist. Von daher ist es schon wichtig, dass man sich da koordiniert. Da ist natürlich Nordrhein-Westfalen beteiligt. Das ist jetzt nicht das, worauf sich Nordrhein-Westfalen zurückzieht, sondern ich bin auch im engen Gespräch schon mit Ministerin Feller. Ich kannte sie ja auch in ihrer früheren Position. In Münster ist ja sehr viel getan worden gegen Antisemitismus, und wir haben über mehrere Projekte gesprochen.

Es wird auf alle Fälle eine deutlich klare Verlinkung geben der Homepage der Seite des Ministeriums mit einmal RIAS NRW und auch mit meiner Homepage als Antisemitismusbeauftragte, dann, wenn sie neu erstellt ist. Das wird Ende des Jahres der Fall sein. Da haben Sie mir dankenswerterweise im Haushalt zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt, und da werden wir – wir sind wirklich in ständigen Gesprächen, machen da super Fortschritte – Ende des Jahres eine neue Homepage haben. Dann werden wir auch eine ganz andere Form von Vernetzung haben. Denn natürlich werde ich auf meiner Homepage über aktuelle Studien, über Vorfälle, über vieles berichten.

Es gibt die Schulbuchuntersuchung, die fertiggestellt worden ist vom Georg-Eckert-Institut, die noch ausgewertet wird. Dann ist natürlich klar, dass es zu Verhandlungen und Gesprächen mit den entsprechenden Verlagen, mit den Verlegern der Schulbücher, zu denen es auch Beanstandungen geben wird, kommen muss, um dann entsprechend auch Ergebnisse umzusetzen. Die Ministerin wird das dann insgesamt mit dieser Schulbuchuntersuchung, die über 400 Seiten hat, auch vorstellen. Deshalb äußere ich mich auch nicht weiter zu der Schulbuchuntersuchung, weil das der Federführung des Ministeriums natürlich unterliegt.

Wir werden auch stärker zum Beispiel Angebote, die es von SABRA gibt, wie den MALMAD-Koffer aufgreifen – den kennen bestimmt einige von Ihnen –, also ein virtueller Themenkoffer, der sich mit Antisemitismus befasst, der permanent aktualisiert wird. Er wird auch gezielt über die Informationskanäle des Bildungsministeriums den Schuldirektoren und den Lehrkräften zur Verfügung gestellt, weil da immer auch ad hoc auf aktuelle Ereignisse reagiert wird. Das ist auch etwas, was gut im Schulunterricht verwandt werden kann. Und wenn es so etwas gibt – es ist mit öffentlichen Mitteln gefördert worden –, dann ist es auch gut, wenn es an möglichst vielen Stellen auch zum Einsatz kommt – also ganz wichtiger Bereich, die Schule.

Zweiter Bereich, der in Verbindung steht mit meiner Ko-Vorsitzendenschaft in der BLK der Antisemitismusbeauftragten, die jetzt zu Ende ist: Es ging im Oktober 2021 los. Da haben wir uns Justiz, Verfolgungen, Strafermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen zum Schwerpunktthema gemacht. Natürlich gibt es auch aktuelle Anlässe dafür, nämlich dass wir im Zusammenhang mit Coronademonstrationen Äußerungen, Formen erleben, die es bisher in dieser Form nicht gab, die auf antisemitischen Hintergrund hinweisen. Bekannteste ist dieses Zeichen „Ungeimpft“ im gelben Stern. Da ist es eine rechtliche Frage: Ist das ein Verharmlosen des Holocaust – das ist als Volksverhetzungstatbestand strafbar – oder ist das eine straffreie Meinungsäußerung? Dieses Beispiel nenne ich, weil es dazu sehr unterschiedliche Gerichtsentscheidungen in den Bundesländern gibt, auch teilweise schon von höherinstanzlichen Gerichten. Die Tendenz

geht eher dahin, eine Strafbarkeit anzunehmen, aber es gibt auch andere Urteile, zum Beispiel vom Oberlandesgericht Saarbrücken, aber auch erstinstanzliche Urteile, die dann in der zweiten Instanz sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich das ansprechen, was in meinen Augen jetzt gut auf den Weg gebracht ist, nämlich die Stärkung der Justiz mit Antisemitismusbeauftragten bei den Generalstaatsanwaltschaften und in Nordrhein-Westfalen auch bei den Staatsanwaltschaften. Das ist ein Projekt, das wir schon länger diskutiert haben: Ist das der richtige Ansatz dafür, was wir natürlich auch mit den „Betroffenen“ – in Anführungsstrichen „Betroffene“, also mit denen, die sich darum kümmern müssen –, mit den Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften erörtern müssen. Wir haben die Erfahrungen aus einigen anderen Bundesländern hinzugezogen. Ich hatte auch intensive Gespräche mit dem früheren Landesjustizminister dazu, das war in der BLK. Dazu haben wir auch Beschlüsse gefasst. In Nordrhein-Westfalen ist das seit April dieses Jahres eingeführt worden.

Wir haben einen Koordinator, Herrn Caspers. Mit ihm habe ich mich kürzlich zusammengesetzt. Seine Aufgabe ist es, sich dafür einzusetzen, dass man solche komplexen rechtlichen Fragen, für die es nicht immer eine Blaupause gibt, auch intern diskutiert und versucht, es hinzukommen, dass es eine einheitliche juristische Bewertung gibt. Im Zweifel muss das sonst einmal höchstrichterlich endgültig geklärt werden, denn natürlich kann man nicht ein Gesetz machen, jetzt nur bezogen auf ein Symbol, und das ist jetzt strafbar. Aber es ist ganz wichtig, dass das innerhalb der Justiz debattiert wird.

Es wird derzeit ein Leitfaden von dem Antisemitismusbeauftragten der Justiz in Nordrhein-Westfalen erarbeitet, wobei man die Erfahrungen und das, was in anderen Bundesländern für diesen Tätigkeitsbereich vorliegt, natürlich mit hinzuzieht und sich entsprechend daraus seinen eigenen Leitfaden erarbeitet. Der liegt jetzt im ersten Entwurf vor. Ich finde gut, dass das sehr zügig vorangeht.

Es ist vorgesehen, dass einmal jährlich, koordiniert von dem Ansprechpartner Herrn Caspers bei der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf, ein Bericht vorgelegt wird. Jetzt ist das noch ein bisschen früh. Jetzt sind die ersten paar Monate mit dieser strukturellen Verbesserung ins Land gegangen, und das ist mir wichtig. Ich mache Projekte, wir unterstützen Vorhaben, wir gehen zu auf die Zivilgesellschaft in unterschiedlichen Bereichen. Vieles hat sich etabliert über einige Jahre hinweg. Aber ich möchte diese strukturellen Verbesserungen voranbringen – strukturell, das bleibt, das heißt, wir verbessern den Blick, die Sensibilisierung für Antisemitismus in verschiedenen Bereichen in der Justiz, ich denke, das ist etwas, was dann auch Wirkung entfalten wird – nicht nur nach innen. Eine zweite wichtige Aufgabe ist die Kommunikation mit Betroffenen, die nicht immer jede juristische Entscheidung verstehen, das fällt ja manchmal auch Juristen etwas schwer.

Gerade wenn es um Einstellungen von Verfahren geht, dann ist es wichtig zu sagen, warum gerade der Fall, der vielleicht für den Betroffenen als der schlimmste, ihn am meisten verletzende Vorgang angesehen wird, eingestellt wird nach den verschiedensten Möglichkeiten, die das Verfahrensrecht bietet. Und da braucht es eine gute Kommunikation,

eine Erklärung dafür. Aber es ist auch die Vorgabe da, dass im Zweifel nicht aus Opportunitätsgründen eingestellt wird.

Das war in der Vergangenheit eher häufiger der Fall. Wenn man nicht gleich einen Ansatzpunkt gefunden hat, dann wurde erst mal eingestellt. Jetzt ist doch die Praxis die, dass erst mal ermittelt wird, dass versucht wird, einen Sachverhalt wirklich vollständig zu klären mit Blick darauf: Wo liegen die antisemitischen Kontexte? Dass es dann am Ende trotzdem auch zu Einstellungen kommen kann, das ist so, auch gerade in der Strafverfolgungspraxis. Das wird man nicht verhindern können. Aber ich denke, es ist jetzt ein anderer Blick darauf, noch einmal ein anderer Schwerpunkt auf diesen Bereich gerichtet worden.

Da ist Nordrhein-Westfalen wirklich ein Unikat, federführend im positiven Sinne, weil hier bei allen Staatsanwaltschaften Antisemitismusbeauftragte benannt wurden. Das ist keine Stellenmehrung, sondern Staatsanwälte wurden mit dieser Aufgabe betraut und nicht nur die Generalstaatsanwälte. Und nach dem, was ich gehört habe, gibt es da auch einen hervorragenden Austausch über die Landesgrenzen hinweg. Da ist man mit Bayern, mit Baden-Württemberg, mit Berlin im engen Austausch, macht auch gemeinsame Veranstaltungen. Was ein stärkeres Gewicht hat, ist, dass das Zentrum für Interkulturelle Kompetenz bei der Justiz Nordrhein-Westfalen jetzt deutlich den Schwerpunkt auf Fortbildung legt. Sie haben ihre Schwerpunkttätigkeit deutlich ausgerichtet auf Diversity, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Fortbildungsveranstaltungen, Angebote. Allein zum israelbezogenen Antisemitismus kann man gar nicht genug Fortbildungsveranstaltungen und Workshops machen, weil das einfach ein immer der aktuellen Entwicklung mitgeschuldetes Phänomen ist. Und es ist natürlich auch immer politisch mitgeprägt. Von daher begrüße ich es sehr, dass hier das Justizministerium so eine entscheidende Rolle einnimmt, und bin froh, dass das so auf den Weg gebracht worden ist.

Die zweite strukturelle Veränderung ist mit der Schaffung der Meldestelle gegen Antisemitismus geschaffen worden, nach RIAS-Standard. Es ist das Besondere bei diesen Meldestellen, dass es schon einen Bundesstandard RIAS gibt, der in den Ländern auch verwandt wird, weil nämlich da genau vorgeschrieben ist, nach welchen Kriterien Sachverhalte erfasst werden, wie Statistiken geführt werden mit dem Ziel, die Vergleichbarkeit über die Bundesländer hinweg zu haben, damit man am Ende eine bundesweite Zahl auch von Vorfällen hat, die unter anderem unterhalb der Strafbarkeitsschwelle liegen. Das ist eine der Schwerpunktaufgaben für diese Meldestellen. Alles, was strafrechtlich relevant ist, geht natürlich in die Statistik ein. Aber es gibt viele Vorgänge, Verhaltensweisen, die die Betroffenen aus unterschiedlichen Gründen gar nicht zur Anzeige bringen wollen, aber häufig sind sie auch strafrechtlich nicht relevant.

Allein im Bereich der Meinungsäußerung ist es ein schwieriges rechtliches Kapitel. Ich kann Ihnen jetzt noch keine Zahlen von der Meldestelle hier in Nordrhein-Westfalen geben – es wird einen eigenen Bericht im April nächsten Jahres von dieser Meldestelle vorgelegt werden –, wir sind aber in einem sehr guten, sehr engen Austausch, Herr Jörg Rensmann mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit meinem Büro. Er erfasst auch immer wieder Vorfälle, die gar nicht an uns herangetragen werden. Er wird das dann auch dokumentieren.

Aber da gibt es auch in kleineren Orten, Bad Oeynhausen, viele verschiedenste Formen von Graffiti, „Juden raus“, das kann man überall sehen. Aber es ist nicht nur ein Phänomen von Großstädten, Düsseldorf, Köln – in Köln haben wir die höchste Zahl, auch durch die dort bestehende Meldestelle Antisemitismus mit 55 Vorfällen, die die registriert haben –, aber es kommt auch in vielen kleineren Orten im ländlichen Bereich vor. Das kann man alles gar nicht überblicken und festhalten, aber man kann einen Blick darauf werfen. Ich glaube, das wird auch noch deutlich durch die Meldestelle gegen Antisemitismus erhellt werden können.

Ich denke, es ist eine zweite, wichtige strukturelle Verbesserung, die dazu führt, dass Betroffene sehr niedrigschwellig – wir haben drei Anlaufstellen, wir haben verschiedene Sprachangebote – auch die Hilfe bekommen zu erfahren, wo sie sich weiter hinwenden sollen, um Beratung und Unterstützung zu bekommen. Das können auch die Opferstellen sein. Das können die Integrationsagenturen sein. Das können also die unterschiedlichsten Bereiche sein, natürlich auch immer wieder die Empfehlung, vielleicht da doch eine Anzeige zu erstatten. Aber das ist dann dem Betroffenen überlassen.

Diese strukturelle Verbesserung, denke ich, wird sich auch im Umgang mit Antisemitismus in der Erfassung dessen, was hier in der Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen mit Blick auf Antisemitismus los ist, noch einmal deutlich bewähren.

Ein dritter Punkt, der mich noch weiter – auch jetzt – beschäftigt, ist das Thema: Wie können wir gerade in der Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte generell die Befassung, die Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus verbessern? Da ist einmal die Frage, soll das im Studium konkreter verankert werden, oder soll es mehr in der Referendarzeit erfolgen oder in beiden Bereichen? Ich bin da im Gespräch auch mit der Bildungsministerin, die sehr offen dafür ist zu prüfen, wie wir das in der Referendarzeit machen können. Es ist wahrscheinlich leichter, das da zu verankern, als es mit den Universitäten in die Curricula hineinzubekommen. Das wird ein Thema sein, da werde ich mich natürlich auch mit der zuständigen Wissenschaftsministerin zusammensetzen und überlegen, wie man das vielleicht angehen kann, dass sichergestellt wird, dass nicht nur die, die sowieso von Haus aus engagiert sind, sich mit dem Thema befassen, sondern dass es für jeden, der fürs Lehramt eine Ausbildung macht, eine Befassung mit diesem Thema gibt.

Es gibt Module, die kann man dafür verwenden. Das ist alles jetzt nicht ganz neu. Es gibt von der Fernuni Hagen schon entsprechende Module, die entwickelt worden sind. Aber es wäre gut, wenn das in meinen Augen wirklich verankert wird – so wie bei den Juristen. Da haben wir eine gesetzliche Grundlage, dass das mit Teil des Studiums ist, und das wird auch in Nordrhein-Westfalen umgesetzt – nicht erst in diesem Jahr, sondern schon länger. Das ist für meinen Bereich noch ein wichtiges Thema, gerade für die Ausbildung zum und die Fortbildung im Lehramt.

Sie hatten mir immer wieder – ich habe das auch in meinen Bericht aufgenommen – Fragen gestellt nach dem Dunkelfeld. Ich habe es auch schon erwähnt, in Verbindung mit der Meldestelle, wo wir einen deutlich besseren Einblick erwarten. Aber ich habe jetzt in Fortsetzung dessen, was ich in meinem Bericht dazu kurz geschrieben habe, dieses Projekt konkretisiert, zusammen mit Professor Beyer von der Heinrich Heine Universität in Düsseldorf und mit Professor Lars Rensmann von der Universität Passau.

Beide sind seit über 20 Jahren mit dem Thema Antisemitismus in vielfältiger Form befasst, haben dazu viel publiziert, haben sich mit Studien auseinandergesetzt und vor allen Dingen auch, und das betrifft die beiden, mit einer anderen Form der Befragung auseinandergesetzt, die versucht aufzubrechen, dass immer, wenn es um Antisemitismus geht, das sozial Erwartete gesagt wird – natürlich muss man irgendwie gegen Antisemitismus sein –, und sie haben eine ganz spezielle Fragetechnik mit mehreren Phasen entwickelt. Das müssen Sie aber mit den Experten besprechen, das ist jetzt für eine einfache Juristin ein bisschen schwierig. Aber wir waren davon überzeugt, dass wir genau diese Möglichkeiten nutzen wollen für eine Dunkelfelduntersuchung in Nordrhein-Westfalen.

Es gibt immer wieder allgemeine Studien für ganz Deutschland, Sachverständigenrat, Bertelsmann und viele andere Dinge mehr, aber einmal nicht mit so einer besonderen Form von Befragung, die dieses erwartbare Beantworten von Fragen zu dem Thema – keiner sagt „ich bin antisemitisch eingestellt“ – aufbricht und in anderen Formen auch mit Kontrollfragen versucht, einen anderen Zugang zu finden. Ich bin sehr froh, dass wir dieses Projekt nicht nur mit den beiden Universitäten, sondern auch unter Beteiligung der Forschungsstelle beim Landeskriminalamt durchführen werden, weil dort hohe Expertise, Erfahrungen, auch aus dem Verfassungsschutzbereich – anonymisiert und nur das, was auch zugänglich ist – Informationen vorliegen, die nicht unbedingt so auch bei der Universität bekannt sind, sodass es ein Geben und Nehmen ist, wobei natürlich ein großes Interesse besteht, gerade von der Forschungsstelle, auch hier immer mit beteiligt zu werden.

Wir haben eine Steuerungsgruppe eingerichtet, wie das so üblich ist bei Studien an Universitäten, in denen wir uns permanent darüber austauschen wollen. Ich bin froh, dass auch das Innenministerium bei diesem Projekt dabei ist. Das ist auf zwei Jahre angelegt. Es ist jetzt begonnen worden. Wir haben die Verträge unterschrieben. Es war nicht ganz so einfach, mit zwei verschiedenen Universitäten Kooperationsverträge zu formulieren. Da, würde ich mal sagen, wünsche ich mir anderes. Da ging es dann gar nicht mehr so sehr nur um die Sache, sondern neben dem Datenschutz, der mir auch sehr wichtig ist, um die internen Abläufe an Universitäten. Aber die Sache ist – ich sage es mal ganz salopp – in trockenen Tüchern. Ich bin froh, dass wir da auch etwas Besonderes machen können, was es bisher in keinem anderen Bundesland gibt. Das wird auch vielleicht Erkenntnisse bringen, die dann von anderen Bundesländern in Folgestudien aufgegriffen werden können. Ich finde es gut, dass Nordrhein-Westfalen da insofern ein Vorreiter ist.

Ich möchte jetzt gar nicht eingehen auf viele Projekte – ich habe das alles dargelegt im Bericht –, die wir unterstützen. Mir ist nur auch da wichtig, ich habe das eben so in einem Wort erwähnt, dass wir kontinuierlich Projekte unterstützen. Und da haben wir einige. Denn entscheidend ist doch, dass die sich nicht jedes Jahr fragen müssen: Können wir unsere Arbeit weiterführen? Und das ist leider häufig bei Projektfinanzierung der Fall. Da haben wir jetzt doch einige, die wissen genau, wenn sie ihre gute Arbeit weiterführen, dass sie dann auch entsprechend von uns eine Unterstützung bekommen können. Wir haben das jetzt etwas umgestellt. Es ist jetzt eine rein technische Sache. Wir können seit diesem Jahr Zuwendungen geben, also auch Zuwendungsbescheide geben. Wir haben Richtlinien entwickelt, Formulare natürlich, so etwas braucht

man. Aber dadurch kann bis zu einem bestimmten Zeitpunkt angemeldet werden, wenn man ein Projekt weiterführt. Das ist bekannt. Das wird kommuniziert über die Homepage.

Aber natürlich ist es auch unseren Kooperationspartnern bekannt. So wissen die, wenn sie kommen, wenn sie gute Berichte vorlegen über ihre Arbeit, dass wir sie vom Grundsatz her weiter unterstützen. Und das erleichtert deren Arbeit sehr. Das sind die Zeitzeugen, das ist aber auch Burak Yilmaz, der einer der wenigen ist, der mit seinem Hintergrund, auch mit Blick auf Antisemitismus und Muslime, mit seinen Erkenntnissen und mit seiner Sprache an Schulen ist. Heute Abend bin ich mit ihm zusammen in einer Veranstaltung unterwegs. Er hat auch publiziert, wir haben auch einen Podcast mit ihm gemacht. Aber es ist wichtig, dass er weiß, das kann er fortsetzen, dann kann er auch rechtzeitig planen. Die technische Umgestaltung – wir haben 200.000 Euro von unserem Etat für solche Projekte insgesamt vorgesehen, das ist immer in der Größenordnung von 25.000-30.000 Euro, sodass wir auch mehrere Projekte gut damit unterstützen können – erleichtert die Arbeit und auch die Einschätzung. Ich denke, das wird sich bewähren. Von daher haben wir die Erfahrungen aus den ersten Jahren unserer Arbeit damit noch einmal einbringen können und unsere Möglichkeiten auch effektiver gestaltet.

Sie unterstützen mich immer wunderbar vom Landtag, was meine haushaltsmäßige Ausstattung angeht. Sie haben mir auch für dieses Jahr einen zusätzlichen Betrag, unter anderem für Relaunch der Homepage, die dann unmittelbar und nicht als Untergruppe zugänglich ist, zur Verfügung gestellt. Damit ist die Auffindbarkeit noch deutlich besser und einfacher und, wie gesagt, genau für diesen Zweck werden wir auch diese Mittel verwenden. Die fließen auch zum Teil in den ersten Teil der Studie ein, ich nenne sie mal Dunkelfeldstudie.

Wir haben für das nächste Jahr wieder 450.000 Euro vorgesehen. Nach unseren Planungen und unseren Erfahrungen ist das auch ein Betrag, mit dem wir gut im nächsten Jahr werden arbeiten können, sodass ich an Sie nicht mit Bitten zu mehr Geld oder mehr Stellen herantrete. Ich denke, wir haben jetzt die guten Erfahrungen. Wir haben dreieinhalb Personen, die in meinem Büro arbeiten. Das hat sich wirklich sehr gut entwickelt.

Einen Bereich lassen Sie mich noch kurz ansprechen. Ich hatte ja die Untersuchung zu Gangster Rap genannt, den Bereich, in dem auch antisemitische Stereotype immer wieder verwandt oder bedient werden. Ein Bereich, der da noch eher im Dunkeln liegt, ist der ganze Bereich der Gaming Community. Da haben wir jetzt keine große Studie in Auftrag, aber wir arbeiten zusammen mit der Bertelsmann Stiftung. Dort gibt es auch die Befassung mit diesem Gamingbereich, der Gaming Community. Das ist ja eine hohe Anzahl von Nutzern, im hohen zweistelligen Millionenbereich. Gaming gehört fast zur jugendlichen Kultur mit dazu. Und dazu untersuchen wir. Wir haben da eine Gruppe von Experten, die sich mit diesem Thema schon länger beschäftigen, unter Federführung der Bertelsmann Stiftung mit uns als Kooperationspartner. Das ist im Moment nicht mit Geld verbunden, sondern erst mal mit einem Blick darauf, näher erkennen zu können: Wo liegen da auch Probleme im Bereich von Antisemitismus? Es ist ja nicht nur so, dass es Spiele gibt, die Nationalsozialismus verherrlichen und anderes mehr, sondern dass innerhalb der Gaming Community auch mit diesen stereotypen Ein-

stellungen gearbeitet wird, dass die dort vorhanden sind. Da einmal einen Einblick zu bekommen, dem dient dieses erste Zusammenarbeiten mit der Bertelsmann Stiftung, mit deren Expertise, die da schon etwas gesammelt haben. Aber konkreter ist das jetzt noch nicht gediehen. Wir werden wahrscheinlich bis Ende des Jahres da mehr Klarheit haben und dann überlegen, wie weit wir mit möglicherweise dann sichtbar gewordenen Problemsituationen konkreter umgehen werden.

Das vielleicht noch als kleiner Ausblick auf das, was unter anderem uns auch beschäftigen wird. Ich bin Ihnen dankbar für Ihr Interesse, für die Möglichkeit, hier zu Ihnen zu kommen und mich mit Ihnen über den Bericht und natürlich insgesamt allgemein über Antisemitismus in unserer Gesellschaft auszutauschen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung, gerade auch in den letzten Jahren, seitdem es das Büro der Antisemitismusbeauftragten in Nordrhein-Westfalen gibt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Klaus Vossemer: Vielen Dank, liebe Frau Leutheusser-Schnarrenberger, für Ihr großes und, wie wir alle gemerkt haben, auch sehr leidenschaftliches Engagement und diese wichtige Arbeit hier für unser Land, auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich darf an dieser Stelle Herrn Minister Liminski entschuldigen. Wie angekündigt, musste er zu einem weiteren Termin aufbrechen.

Ich habe Wortmeldungen von Herrn Hagemeier und Herrn Wolf, Herrn Wedel auch.

Daniel Hagemeier (CDU): Herr Vorsitzender! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Leutheusser-Schnarrenberger! Vielen Dank für Ihren vorgelegten Bericht, aber auch für die ergänzende Ausführung, die Sie heute vorgenommen haben, und danke im Namen der CDU-Fraktion, dass Sie uns für diese wertvolle Aufgabe auch weiterhin zur Verfügung stehen. Sie füllen dieses Amt im Ehrenamt seit 2018 aus. Ich glaube, wenn man in Ihre Vita schaut: Sie sind für Menschen- und Bürgerrechte seit über 30 Jahren unterwegs. Das findet sicherlich unsere Anerkennung.

Was wir auf das Allerschärfste verurteilen, ist natürlich das, was Sie uns zu Beginn mitgeteilt haben, der anonyme Angriff auf Ihre Person. Sie haben in Ihren Ausführungen auch dargelegt, dass Antisemitismus in allen Geschäftsbereichen leider zu finden ist. So glauben wir, dass sicherlich auch ein zukünftiger Schwerpunktbereich weiterhin im Bildungssektor liegen muss. Das heißt, was Sie auch im Bericht dargelegt haben, dass man es Schülerinnen und Schülern ermöglichen muss, auch mit Jüdinnen und Juden in Kontakt zu treten. Das betrifft auch den Kontakt, über den Sie sprachen, zu unserer Schulministerin, Frau Feller, um in der Lehreraus- und Weiterbildung anzusetzen und zu überlegen, ob möglicherweise im Referendariat der passende Aspekt gegeben ist, etwas zu verankern. Das ist sicherlich richtig und zielführend. Antisemitismus muss sicherlich überall thematisiert werden und wird uns wahrscheinlich auch noch längere Zeit begleiten.

Ich kann kurz an dieser Stelle sagen, wenn ich in unseren Zukunftsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen hineinschaue, dass wir Ihre Arbeit insgesamt weiter stärken werden. Das ist für uns außerhalb jeglicher Diskussion, und wir werden versuchen,

rechtlich, organisatorisch, politisch und präventiv mit wirkungsvollen Programmen dem Populismus, dem Rassismus, dem Antisemitismus und dem Extremismus den Boden zu entziehen. Das ist sicherlich ein längerer Prozess. Das ist ein sehr großes und starkes Ziel, das wir uns da vorgenommen haben, ein Ziel, welches wir über Jahre noch verfolgen werden müssen.

Was zugenommen hat, das sind Hass, Rassismus und Anfeindungen im Netz. Ich sage an dieser Stelle auch: Da darf man nicht auf Anonymität setzen. Insofern werden wir uns aus Nordrhein-Westfalen heraus auch dafür einsetzen, dass wir uns für die Auskunftspflichten von sozialen Netzwerken und Messengerdiensten und dergleichen einsetzen, dass das gegeben ist. Wir wollen, dass Hassdelikte zukünftig auch gesondert erfasst werden in der Kriminalstatistik, dass das nicht so unter „ferner liefen“ läuft. Das vielleicht ganz kurz skizziert, was wir im Rahmen unseres Zukunftsvertrages vorhaben – natürlich in engem Austausch. Wir werden es auch zukünftig begrüßen, wenn Sie in regelmäßigen Abständen hier Gast in unserem Ausschuss sind.

Vielen Dank noch mal zum Schluss für Ihre Tätigkeit. Ich wünsche Ihnen weiterhin alles Gute. Sie sagten, solche anonymen Angriffe in schriftlicher Form würden häufig vorkommen. Dann hoffe ich, dass es nur in schriftlicher Form bleibt – wobei es sicherlich sehr traurig ist, dass Menschen so etwas auf den Weg bringen. – Vielen Dank.

Sven Wolf (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Frau Leutheusser-Schnarrenberger! Auch im Namen der SPD-Fraktion vielen herzlichen Dank für Ihren Bericht, auch für Ihre hervorragende Arbeit, auch mit der großen Leidenschaft, mit der Sie das machen. Das merkt man immer, wenn man mit Ihnen im Gespräch ist und wenn Sie vortragen. Das ist, glaube ich, auch wichtig, um die Aufgabe der Antisemitismusbeauftragten mit Leben zu füllen.

Mit den Worten meines Vorredners verbinde ich die Hoffnung, dass sich diese Arbeit dann auch verstetigt, auch in der neuen Mehrheitskonstellation hier im Hause. Ich will das Signal sehr deutlich aus meiner Fraktion senden, dass wir das natürlich gerne immer unterstützen an den Stellen, wo es möglich ist.

Ich habe Ihren Bericht, der schon länger veröffentlicht ist, noch einmal sehr aufmerksam gelesen. Mir sind ein paar Punkte aufgefallen. Sie haben in Ihren Erläuterungen einige davon auch gezielt schon angesprochen. Ich will einmal den Punkt der Pandemie ansprechen. Sie sprachen in Ihrem Bericht von einem Katalysator. Die Pandemie hat antisemitische Verschwörungstheorien noch einmal beschleunigt. Ihr Sitznachbar, der Abteilungsleiter für Verfassungsschutz, wird Ihnen das mit Sicherheit bestätigen. Wir werden auch gleich ausführlich darüber sprechen.

Deswegen meine etwas weitergehende Frage: Ihre Einschätzung, welche Auswirkung der völkerrechtswidrige Angriff Russlands – oder der russischen Regierung – auf die Ukraine hat, ob das auch noch mal so eine Art Katalysator sein kann für antisemitische Verschwörungstheorien? Es ist auch eine der Legenden, die die russische Propaganda versucht, auch in den Westen hineinzutragen, in Kiew säße ein jüdisches Regime, und sie müssten dagegen kämpfen. Ich halte das für vollkommen absurd; das sehen wir, glaube ich, alle so. Das wäre die eine Frage.

Dann haben Sie auch sehr ausführlich die uns, glaube ich, alle beunruhigenden israelbezogenen Ausschreitungen und antisemitischen Demonstrationen und Vorfälle beschrieben im Mai letzten Jahres. Ich glaube, es ist fast keine Kollegin, kein Kollege in seinem Wahlkreis von diesen Ausschreitungen nicht betroffen gewesen. Aber die Gesellschaft hat darauf auch reagiert. Wir haben alle, alle Demokraten, sehr deutlich und sehr schnell drauf reagiert und haben klar Haltung bezogen, auch öffentlich. Ich glaube, das war auch wichtig. Vielleicht können Sie dazu noch einmal etwas sagen, wie Ihre Einschätzung war, wie die Reaktion der Gesellschaft auf diesen israelbezogenen Antisemitismus gewesen ist.

Ich kann mich an den Fall – ich komme aus dem Bergischen – sehr gut erinnern, als die Israelfahne am Rathaus in Solingen verbrannt worden ist, dass sich der Solinger Oberbürgermeister Tim Kurzbach dazu sehr deutlich geäußert hat. Er hat auch immer wieder betont, es müssen die Menschen, die Nichtjuden sind, in unserer Gesellschaft aufstehen und ihre Stimme gegen Antisemitismus erheben. Wir können das nicht unseren jüdischen Mitbürgern überlassen und sagen, da haben wir nicht wirklich etwas mit zu tun, sondern es ist unsere Aufgabe. Das so als ein Beispiel.

Sehr aufmerksam habe ich die Passagen auch als Jurist gelesen, was Sie im Zusammenhang mit der Justiz diskutiert haben. Sie haben auch deutlich gemacht, dass es wünschenswert ist, wenn tatsächlich keine Einstellungen nach Opportunität erfolgen. Sie haben das auch jetzt schon ein bisschen ausgeführt. Meine Frage wäre: Passiert das tatsächlich inzwischen überall? Sie haben darauf hingewiesen, dass man versucht, Sachverhalte zu ermitteln, um dann eventuell auch den Betroffenen, den Opfern von Taten, auch eine etwas bessere Erklärung zu geben. Das ist, glaube ich, das, was wir immer am häufigsten merken.

Wir verstehen mit dem Hinweis auf Paragraphen in der Strafprozessordnung manchmal, was gemeint ist, aber Betroffene verstehen das dann nicht. Und wenn da drinsteht „besteht kein öffentliches Interesse, wir verweisen auf den Privatklageweg“, dann fühlt sich das für ein Opfer verstörend an. Da diese Übersetzungsleistung, empfinde ich zumindest, wäre eine wichtige Leistung, die Justiz auch bringen kann. Da meine Frage, ob Sie da auch versuchen zu sensibilisieren?

Sie haben auch angeregt, dass diese Frage, diesen antisemitischen Code auch zu entschlüsseln, stärker in die Aus- und Fortbildung in der Justiz implementiert wird. Auch da wäre meine Frage: Wie ist da Ihre Einschätzung? Sie haben auf das ZIK – Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW – hingewiesen, dass dort das Angebot ausgeweitet wird. Das würde mich auch interessieren, genauso auch in Bezug auf die Empfehlungen der KMK.

Sie haben den MALMAD-Methodenkoffer angesprochen. Sie haben gesagt, Sie sind in einem guten Austausch. Gibt es da konkrete Beispiele oder einen Zeitplan, den Sie erahnen, oder sollen wir uns da lieber an Frau Ministerin Feller wenden?

Das wären so ein paar Punkte. Ich fand den Punkt sehr interessant und wichtig, den Sie gerade noch angesprochen haben, aus der Analyse Gangster Rap, Musikszene, das jetzt auszuweiten auf die Gamingszene. Ich will Sie auch noch einmal bestärken. Ich glaube, da ist ein ganz großer Bereich, der je nachdem, wie man ihn anspricht,

auch zugänglich ist, um sich Gedanken über die Frage des Antisemitismus zu machen. Der Verfassungsschutz ist auch regelmäßig Gast auf der Computerspielemesse Gamescom. In diesem Jahr war ich auch dort und habe mit den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes gesprochen. In so einem Setting auch das Thema anders anzusprechen – da ging es um das Thema Rechtsextremismus –, ist schon sehr hilfreich.

Zum Abschluss, gedankt hatte ich Ihnen im Namen der SPD-Fraktion schon, Kollege Hagemeyer hat das auch deutlich unterstrichen, das ist das, was Sie von allen Fraktionen – hoffe ich zumindest – mitnehmen können. Aber Sie haben in einem Nebensatz auch noch mal erwähnt: Sie machen das im Ehrenamt. Und ich finde, zur Dankbarkeit gehört auch eine gewisse Anerkennung, und ich will auch diese Frage einmal in den Raum stellen. Ich weiß, dass andere Beauftragte der Landesregierung zumindest eine kleine Aufwandsentschädigung erhalten. Ich fände das hier bei der hervorragenden Arbeit, die Sie leisten, mehr als angemessen. – Vielen Dank.

Dirk Wedel (FDP): Herr Vorsitzender! Vielen Dank, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, nicht nur für den Bericht und Ihre ausführlichen Erläuterungen dazu, sondern insgesamt für die Arbeit, die Sie als Antisemitismusbeauftragte leisten. Ihr Bericht und auch Ihre heutigen Erläuterungen haben noch einmal deutlich gemacht, wie breit gefährdet die Themen sind, denen Sie sich als Antisemitismusbeauftragte tatsächlich annehmen.

Ich habe den Eindruck, dass das immer weiter gewachsen ist, dass immer mehr Themen dazukommen und das Phänomen immer tiefer geht und unterschiedliche Phänomene dann auch bearbeitet werden. Dafür herzlichen Dank. Genauso begrüße ich es sehr, dass Sie diese Arbeit weiter fortführen, und freue mich sehr, dass es da diese Gelegenheit gibt.

Hinsichtlich der Frage der Phänomene möchte ich dann allerdings noch eine Frage anschließen, möglicherweise könnte sich das durch diesen RIAS-Bericht im nächsten April auflösen. Sie haben in Ihrem Bericht geschrieben, dass Sie ca. 500 Eingaben in dem Jahr bekommen haben. Für uns wäre es sehr hilfreich, wenn man für die Zukunft – wie gesagt, Sie tauschen die Hinweise ja aus, auch mit der Meldestelle – zum Beispiel eine Clusterung dieser Eingaben sehen könnte. Zu welchen Themen werden Eingaben gemacht? Welche Dinge wiederholen sich häufiger? Ich habe bei anderen Beauftragten die Erfahrung gemacht, dass das sehr hilfreich sein kann, weil man den einen oder anderen Hinweis auf größere Probleme allein durch so eine Clusterung auch schon bekommen kann.

Eine Frage, die ich auch noch habe – weil mich das erschüttert, auch aus einer anderen Funktion heraus, die ich mal hatte: In dem Bericht schreiben Sie, dass Jüdinnen und Juden nur wenig Vertrauen in die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden haben. Mir ist klar, dass das natürlich ein anderer Wert sein kann oder auch muss als bei der Gesamtbevölkerung, wo normalerweise immer ein sehr hohes Vertrauen bei Befragungen ausgesprochen wird. Das ist insofern auch – Sie haben das selber geschrieben – misslich, weil deswegen nur wenig angezeigt wird.

Ich glaube, an der Stelle muss auch noch einmal eine Aufklärungsarbeit in die andere Richtung geleistet werden, weil es nicht so ist, dass jeder antisemitische Vorfall per se immer strafbar ist. Trotzdem lohnt es sich aber, sie anzuzeigen. Ich denke, das muss man noch einmal in die Richtung sehr deutlich machen, weil nur dann die Möglichkeit besteht, überhaupt eine rechtliche Würdigung herbeizuführen. Mich würde auch interessieren, ob es da objektive Defizite gibt, die Sie aus Ihrer vorherigen Funktion als ehemalige BMJ sehr leicht werden feststellen können, bezüglich derer man auch seitens der Strafverfolgungsbehörden etwas ändern müsste. Eine Übersetzungsleistung, klar, ist das eine, aber es geht um die Frage, ob es da wirklich Strafverfolgungsdefizite gibt.

Auf der anderen Seite braucht es meines Erachtens aus meiner eigenen Erfahrung, die ich in anderen Funktionen gemacht habe, auch Aufklärung bei der jüdischen Community, dass es ist von der Anzeige bis zur Verurteilung kein Automatismus. Diese entsprechenden Prüfungsschritte kann man, glaube ich, sehr gut kommunizieren. Aber da scheint noch ein Defizit an der Stelle vorzuliegen.

Dann würden mich noch als Weiteres interessieren: die 150 Straftaten, wenn ich das richtig gesehen habe, die um den Mai 2021 herum festgestellt worden sind. Haben Sie, sonst würde ich die Frage hinterher Herrn Kayser stellen, Anhaltspunkte dafür, wo das jetzt genau herkommt? Ist das jetzt eher aus dem Bereich des religiösen Antisemitismus oder des linksorientierten, des rechtsorientierten Antisemitismus? Denn das ist eine wirkliche Massierung an der Stelle, sodass es sich lohnt, das etwas genauer unter die Lupe zu nehmen, wo diese Straftaten an der Stelle herkommen.

Und dann auch noch eine andere Frage zum Thema – ich begrüße es auch sehr, dass Sie sich so neuer Phänomene wie Gaming und solcher Dinge annehmen –, was die neuen Medien angeht. Haben Sie Erkenntnisse darüber, dass zum Beispiel der Dienst Telegram für Antisemitismus besonders genutzt wird oder auch andere Phänomene im Bereich der neuen Medien? – Danke.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Liebe Frau Leutheusser-Schnarrenberger! Vielen Dank für den Bericht, schriftlich aber auch hier mündlich im Ausschuss. Ich finde es sehr gut, dass wir uns als Hauptausschuss auch intensiv mit dem Thema beschäftigen. Herr Wedel hat gerade angesprochen, dass die Zahlen der antisemitischen Vorfälle in der Tat hoch sind.

Ich glaube aber auch – da hat auch dieser Ausschuss, hoffe ich, einen Anteil daran –, dass sich die öffentliche Wahrnehmung noch ändert beim Thema Antisemitismus. Denn je mehr man das Thema öffentlich bearbeitet – dazu tragen insbesondere auch die Antisemitismusbeauftragten auf Ebene des Bundes, aber auch auf Ebene der Länder ganz wesentlich bei –, desto stärker kommt es natürlich auch in die öffentliche Wahrnehmung. Das ist genau das Ziel auch Ihrer Arbeit. Insofern ist es, denke ich, beides. Einmal gibt es sehr viele Vorfälle, auf der anderen Seite trägt aber auch die Bearbeitung dazu bei, dass wir darüber sprechen.

Wo ich auch zustimmen möchte – Sven Wolf hat es angesprochen –, ist das Thema Verschwörungsmysmen. Wir wissen einfach, dass antisemitische Narrative eine ganz große Rolle spielen, einen großen Anteil haben und da auch eine große Verbreitung

finden. Deshalb ist es aus meiner Sicht total gut, jetzt mit dieser Dunkelfeldstudie ein bisschen mehr Licht ins Dunkel zu bringen, weil wir wissen, dass die Statistiken der Polizei nicht ausreichend sind und auch nicht ausreichen können, um das Bild des Antisemitismus in der Gesellschaft wirklich abbilden zu können, weil viele Vorfälle entweder unterhalb der Strafbarkeitsgrenze sind, nicht zur Anzeige gebracht werden oder von den Behörden in Einzelfällen vielleicht auch nicht als antisemitisch motiviert, als politisch motiviert erkannt werden.

Ich hätte eine Nachfrage zu der Dunkelfeldstudie. So wie ich Ihre Ausführungen und auch die Pressekonferenz, die Pressemitteilung verstanden habe, bezieht sich das ja sehr stark auf Einstellungen, was ich auch wichtig finde. Da haben Sie recht, natürlich antworten Befragte häufig das, was sozial erwünscht ist, das ist völlig klar. Insofern ist es notwendig und auch wichtig, da noch einmal hinzugucken. Meine Frage ist, ob dabei auch die Betroffenenperspektive eine Rolle spielt.

Professorinnen wie zum Beispiel Frau Julia Bernstein haben in ihren Arbeiten deutlich gemacht, dass wir nicht nur über Antisemitismus als Mehrheitsgesellschaft sprechen dürfen, sondern wir müssen die Perspektive der Betroffenen, also der Jüdinnen und Juden mit einbeziehen, wie sie Antisemitismus erleben, welche Erfahrungen sie machen. Deshalb sind gerade solche Meldestellen auch so wichtig. Deshalb bin ich froh, dass wir RIAS jetzt als Meldestelle haben, und bin sehr gespannt, wie deren Ergebnisse sein werden.

Dazu auch die konkrete Nachfrage: Es gibt ja noch zwei weitere Antisemitismusteldestellen im Land. Das ist einmal die Meldestelle [m²], angedockt beim NS-Dokumentationszentrum in Köln, von der Stadt finanziert. Die haben vor einiger Zeit eine eigene Meldestelle gestartet. Und es gibt im Regierungsbezirk Köln eine Meldestelle für Schülerinnen und Schüler. Da wäre meine Frage, inwiefern diese drei Meldestellen miteinander kooperieren, weil es sinnvoll ist, dass quasi die Zahlen und die Vorfälle auch abgeglichen werden, damit man einen Gesamtüberblick hat. Ich gehe davon aus, dass das auch passiert.

Und zum Thema Schulen will ich verstärken, was Sie ausgeführt haben, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, weil alle Befragungen und Untersuchungen, insbesondere von Frau Professorin Bernstein, ergeben haben, wie hoch die Anzahl von Vorfällen gerade an Schulen auch ist, also erschreckend, finde ich, auch die Vorfälle, die Sie in Ihrem Bericht genannt haben. Da möchte ich noch einmal diese Perspektive anfügen, die Sie zu Beginn Ihrer Ausführungen genannt haben, welche Schreiben und Bedrohungen Sie bekommen. Die bekommen wir ja auch als Abgeordnete, leider, und ich finde das total furchtbar und erschreckend.

Aber ich finde immer, dass wir als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft abends nach Hause gehen, wir machen die Bürotür zu. Natürlich nehmen wir das auch ein Stück weit mit nach Hause, das will ich gar nicht verharmlosen. Aber wenn ich Jüdin oder Jude bin oder Teil einer anderen Minderheit in unserer Gesellschaft, dann streife ich das nicht ab. Und wenn ich eine Sechstklässlerin höre, die berichtet, welche Erfahrungen sie in der Schule macht in Bezug auf eine andere Mitschülerin. Wir hören immer wieder, dass Lehrkräfte auch diskriminieren oder nicht handlungssicher sind, nicht einschreiten, wenn solche Diskriminierungen in der Schule vorkommen. Da muss man fragen –

eine Sechstklässlerin, wie alt ist mag sie sein, wie alt ist man denn, wenn man in der sechsten Klasse ist? Zwölf vielleicht? –: Was macht das eigentlich mit so einer zwölfjährigen Schülerin, wenn sie solche Erfahrungen macht? Und das wird sie ja nicht nur einmal machen.

Ich finde, das muss man sich immer wieder vergegenwärtigen. Deshalb glaube ich, dass gerade dieses Handlungsfeld Schule einfach sehr wichtig ist. Ich halte es für total wichtig, dass Sie da auch aktiv sind.

Da würde sich vielleicht auch meine letzte Frage anschließen, weil Sie auch die Verhandlungen mit den Verlagen angesprochen haben. Ich glaube, dass es ganz zentral ist zu gucken: Was wird eigentlich in Schulbüchern vermittelt? Ich weiß, dass wir in einer der früheren Sitzungen schon einmal über dieses Thema geredet haben, und Sie damals ja auch gesagt haben: Wir gehen jetzt mit dem Thema Antisemitismus voran, was das Thema Lehrmaterial angeht. Ich hätte so eine kleine Bitte. Ich weiß, Sie sind die Antisemitismusbeauftragte und für dieses Themenfeld zuständig. Ich glaube, wenn man jetzt in Verhandlung geht mit den Verlagen, dann wäre es sehr notwendig anzusprechen, dass auch in anderen Themenfeldern Schulbücher häufig nicht up to date sind. Als Beispiel nenne ich die Darstellung der Kolonialgeschichte und deutscher Verantwortung. Man könnte aber auch noch andere Themen ansprechen, das Thema Antiziganismus.

Es gibt sicherlich noch viele weitere Themen. Ich könnte auf das Thema Sexismus hinweisen und so weiter und so fort. Man könnte jetzt die ganze Palette an Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufmachen. Vielleicht nehmen Sie es einfach als Gedanke mit. Ich glaube, wenn man einmal verhandelt mit Verlagen – die Schulbücher werden nicht ständig neu aufgelegt –, macht es total viel Sinn, das einfach im Hinterkopf mitzunehmen, dass man auch solche Themen anspricht, dass da noch viel Handlungsbedarf bei Unterrichtsmaterialien besteht. – Danke.

Klaus Esser (AfD): Liebe Frau Leutheusser-Schnarrenberger, auch von mir und meiner Fraktion den herzlichen Dank, einmal für Ihre ganz wichtige Arbeit und den auch ausgewogenen und sehr umfänglichen Bericht, den Sie vorgelegt haben.

Ich bin immer der letzte Redner der Fraktionen. Ich versuche, Redundanzen zu vermeiden. Deswegen würde ich direkt zu ein paar Fragen kommen, die ich noch habe.

In Ihrem Bericht ist eine Auflistung der RIAS-Stelle drin, die die Demonstrationen auflistet. Ich glaube, das sind zwei oder drei Seiten. Inwiefern – ich hatte das so wahrgenommen – nehmen Sie da eine Verschiebung wahr? Sie hatten vorhin von zwei Kategorien selbst gesprochen, einmal dem ausländischen Antisemitismus, also der von ausländischen Ereignissen ins Land getragen wird, der Israel-Gaza-Konflikt beispielsweise, und dem – wie Sie sagten – „klassischen“ Antisemitismus, der aus dem rechts-extremen Feld inländisch herrührt. Inwiefern sehen Sie da eine Verschiebung? Diese Demonstrationen scheinen, wenn man sich den Titel anschaut, in einer größeren Zahl auf ausländischen politischen Ereignissen zu beruhen. Sehen Sie zum Beispiel eine Verschiebung des klassischen Antisemitismus – „klassisch“ jetzt in Anführungsstriche gesetzt – zum Beispiel ins Internet? Sie hatten das angesprochen.

Internet bringt mich auch direkt zu meiner nächsten Frage. Ich habe mir selber, ich darf das vielleicht, auch wenn Herr Wolf das nicht so gerne wahrnehmen will, landtagsintern den Titel des „Blexorzisten“ wirklich redlich erarbeitet, als Richter in unserem Landesschiedsgericht zum Beispiel zu tun gehabt mit dem Fall, den Sie angesprochen hatten, dem Judenstern mit diesem Schriftzug „Ungeimpft“. Ich kann Ihnen berichten, dass ich diese Personen alle aus unserer Partei ausgeschlossen habe. Ich weiß nicht, wie andere Parteien das halten, sofern es dort überhaupt vorkommt. Aber das hat natürlich nicht geholfen, dass wir widerstrebende oder gegensätzliche Gerichtsentscheidungen aktuell noch haben; es wäre ja wünschenswert. Aber inwiefern sehen Sie, dass diese Leute, die so etwas machen, intellektuell überhaupt noch erreichbar sind?

Die Grundfrage, Prävention und Aufklärungsarbeit, ist natürlich sehr wichtig und sehr gut. Aber es gibt irgendwo einen Punkt, wo man sich fragt: Sind die Leute gesellschaftlich überhaupt noch erreichbar? Ich habe einmal bei uns im Landesschiedsgericht – nehmen Sie mir das bitte nicht übel – den Begriff des „Tastaturnazis“ entwickelt. Die sitzen im Prinzip fast nur noch zuhause, die kommen kaum raus, sind vielleicht gesellschaftlich wenig integriert, aber hauen dann ihren Hass in die Tasten. Da ist die Frage, was man überhaupt da noch tun kann.

Eine letzte Frage, die ist zugegebenermaßen etwas kritisch: Ich würde Sie aber bitten, das einfach nur als nüchterne, sachliche Nachfrage – so ist es auch gemeint – aufzufassen. Wir erleben im Moment Migrationsbewegungen, vor allem auch aus muslimisch-arabisch, vielleicht archaisch geprägten Kulturen. Jüdinnen und Juden berichten auch davon, dass sie da eine Gefahr sehen. Inwiefern sehen Sie das als steigendes Gefahrenpotenzial in NRW, also importierter Antisemitismus, und wie kann man dem begegnen?

Zuletzt, Herr Kollege Wolf hatte neben dieser einen Bemerkung vorhin auch eine sehr gute Bemerkung, nämlich die Anerkennung Ihrer wichtigen Arbeit durch eine Bezahlung oder einen Anerkennungsbetrag. Dem würden wir uns, sofern das Anklang findet, sehr gerne anschließen und das unterstützen. Ich darf mit Dank schließen.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Schönen Dank in die Runde. – Frau Leutheusser-Schnarrenberger, ein bunter Strauß von Fragen; trotz des umfangreichen Berichts umfangreiche Nachfragen. Das zeigt das besondere Interesse auch hier im Ausschuss. Sie haben fleißig mitgeschrieben. Ich darf Ihnen das Wort erteilen für die Beantwortung der einzelnen Fragen.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen): Ich bedanke mich für Ihr Interesse, einmal nicht nur am Bericht, sondern insgesamt an all den Fragen, die mit dem Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen zusammenhängen. Und, lieber Herr Hagemeier, wenn man wirklich Extremismus, extremistischen Einstellungen und dann dem Antisemitismus den Boden entziehen könnte in unserer Gesellschaft, wäre das natürlich der größte Erfolg.

Ich wurde im ersten Jahr meiner Tätigkeit gefragt, was mein Ziel ist. Darauf antwortete ich, dass ich überflüssig werde, weil sich alles so wunderbar zum Positiven gewendet

hat. Wenn man die Geschichte des Antisemitismus, antisemitischer Verschwörungsmythen sieht, dann gibt das leider nicht unbedingt zu großer Hoffnung Anlass. Denn es ist nun teilweise sehr verwurzelt, unabhängig von aktuellen Erscheinungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Coronapandemie. Aber es gibt eine Grundeinstellung, die sich gegen Jüdinnen und Juden richtet, die findet sich auch bei nicht wenigen Menschen, unabhängig von aktuellen Ereignissen. Von daher hört es nie auf, so früh wie möglich und dann natürlich ganz besonders junge Menschen zu erreichen, ihnen Wissen, Informationen zu vermitteln, dass solche Einstellungen und Haltungen erst gar nicht entstehen können.

Ja, die Pandemie habe ich als Katalysator – das ist das, was auch Sicherheitsbehörden, auch der Verfassungsschutz sagen – genannt: Der Angriffskrieg – das heißt, die Situation ist seit dem 24. Februar noch mal ganz anders geworden. Das antisemitische Narrativ ist in meinen Augen ganz deutlich. Es soll gegen die ganzen Nazis in der Ukraine, die dort angeblich herrschen, vorgegangen werden. Und da verbindet sich natürlich vieles andere mit, was die tatsächliche Sachlage, wenn man genau hinschaut, nur mal die Wahlen in der Ukraine nimmt, welche Parteien gewählt wurden, verkennt. Da gab es eine rechtsextreme Partei, die hat 1,8 % bekommen. Also da sind welche da, aber dieses Narrativ ist abwegig.

Aber wie weit das auch antisemitische Stereotype in Deutschland bedienen kann, dazu gibt es keine – jedenfalls nicht mir vorliegend – gesicherten Erkenntnisse. Aber ich denke, dass das vielleicht manche noch mal bestärkt. Ich gucke noch stärker nach Ostdeutschland, wo der Krieg anders wahrgenommen wird, vor allen Dingen mit Blick auf Auswirkungen der Sanktionspolitik, was sich schon niederschlägt, auch in Deutschland; damit befassen Sie sich in vielen anderen Kontexten. Da ist schon eine Stimmung entstanden, dass man diese Politik, die vertreten wird, die auch zu konkreten Entscheidungen führt, gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands für falsch hält.

Dass sich das auch mit auswirken kann, will ich nicht ausschließen. Ich denke, wir werden es erleben, auch vielleicht noch stärker zum Ende des Jahres. Wenn wir jetzt sehen, wie die Auswirkungen auf Inflation, auf Energie, auf Stromkosten, möglicherweise zeitlich befristeter Blackout und anderes mehr sein könnten, dann ist das, was ich allgemein gehört habe, zum Beispiel auch aus Sicherheitsbehörden, dass da schon die Sorge ist, dass der von manchen angekündigte „heiße Herbst“ sich nicht nur auf wichtige soziale Aspekte bezieht und sie benennt. Dazu ist ein Demonstrationsrecht da, das muss nicht unbedingt heiß werden, die Themen haben halt eine Brisanz. Wie weit damit dann noch mehr entstehen kann über die eigentlichen Anlässe hinaus – soziale Spaltung, Benachteiligung, vieles andere mehr, was da thematisiert werden kann –, das ist nicht belegt. Ich denke, dass man da schon sehr aufmerksam sein muss.

Ich bin die letzte, die irgendwie skandalisiert oder sagt, oh, jetzt wird es ganz fürchterlich. Aber ich glaube, da ist doch ein Potenzial da, das auch durch diese aktuelle Entwicklung stärker bedient werden kann.

Die Reaktion der Gesellschaft im letzten Jahr: Es hat einen Moment gedauert, aber nicht lange, dann waren doch viele auf Gegendemonstrationen. Ich war selbst auch da, bin natürlich auch zu welchen gegangen, habe da die Personen erlebt – das sage ich jetzt so, wie ich das wahrgenommen habe. Die Menschen, die da waren, waren

alle sehr überzeugt davon, dass man hier auch gegenhalten muss. Israelfahne – jetzt ist das ein Straftatbestand – zu verbrennen, natürlich vor der Synagoge – man geht ja nicht zur Botschaft oder zum Konsul, nein, sondern man geht zur Synagoge, vermischt ganz bewusst –, das ist eine ganz klassische Ausdrucksweise. Auf den Demos waren, jedenfalls auf den ersten, an denen ich teilgenommen habe, sehr viele Jüdinnen und Juden und gerade die, die sich auch in dem Bereich engagieren als Nichtjüdinnen und -juden, also die in Gesellschaften, deutsch-israelische, jüdisch-christliche, in anderen Initiativen – viele kennt man ja halt dann doch – aktiv sind. Es war der Kern der Engagierten, die da zu Recht auf die Straße gegangen sind.

Ich glaube, verbal war da ein breiter Konsens dagegenzuhalten, auch was Äußerungen anging. Aber da hätte ich mir manchmal noch ein bisschen mehr an Engagement gewünscht. Denn Sie haben zu Recht gesagt: Es ist nicht die Sache von Jüdinnen und Juden, dagegenzuhalten. Das ist nicht deren Aufgabe nach dem Motto „macht ihr mal“, nein, das berührt – das ist auch Tenor in all meinen Berichten – die gesamte Gesellschaft. Und es ist auch das, was im Kern dann Demokratie unter Druck bringen kann.

Jetzt haben Bürgermeister unglaublich mutig gehandelt. Sie haben sich wirklich sehr positiv geäußert, auch vielleicht in der Erwartung, dass das möglicherweise wieder Gegenreaktionen geben kann. Ich denke, wir haben schon eine resiliente Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen. Aber ich glaube, es muss einfach noch sichtbar werden. Wir alle müssen uns da zeigen, Gesicht zeigen, auftreten und sichtbar machen den Jüdinnen und Juden gegenüber: Ihr seid da nicht allein, wir machen das zu unserer Sache, denn es ist unsere Angelegenheit.

Zur Frage der Justiz – da kann ich auch auf andere Fragen noch mit eingehen: Ausgehen will ich von dem Beschluss, den wir als Bund-Länder-Kommission im November letzten Jahren gefasst haben, wo wir gesagt haben, Einstellungen nach Opportunität sollen grundsätzlich nicht mehr erfolgen. Sie haben es erwähnt, die Möglichkeit, nach der RiStBV von Verweisungen auf dem Privatklageweg abzusehen, muss genutzt werden. Ich bin im Gespräch mit Herrn Caspers als Ansprechpartner für die Antisemitismusbeauftragten in der Justiz hier in Nordrhein-Westfalen. Da hatte ich schon sehr klar den Eindruck, dass das eines der Themen ist, die auch von ihm nach innen gegeben werden. Es war auch bisher nicht so, dass generell eingestellt wurde. Aber ich habe zum Beispiel Erfahrungen gemacht – das jetzt nicht in Nordrhein-Westfalen, mit Herrn Marian Offman, er ist ein streitbarer früherer Stadtrat in München. Er gehört der jüdischen Kultusgemeinde in München an. Er hat zehn Anzeigen gestellt wegen Volksverhetzung, keine einzige Verurteilung. Neun wurden relativ flott eingestellt, bei einer hat man eine Beleidigung dann, weil es etwas Personenbezogenes war, geprüft. Da erreiche ich nichts mehr, wenn ich dem sage, du, das ändert sich jetzt, man darf da nicht die Flinte ins Korn werfen. Da setzt sich schon etwas bei Betroffenen fest, so nach dem Motto, die nehmen uns vielleicht gar nicht richtig ernst.

Ich glaube, dass man jetzt mit dieser strukturellen Verbesserung sehr klar gegenwirkt. Herr Wedel, Sie haben auch gesagt: Wichtig ist Vertrauen in die Justiz. Wenn man die allgemeinen Umfragen nimmt, nicht jetzt bezogen auf diesen Bereich, dann sind deutlich mehr als 50 %, ich glaube, es lag bei knapp 70 %, der Bürgerinnen und Bürger zufrieden mit der Justiz in Deutschland. Auch im Vergleich mit anderen Mitgliedsstaaten,

was der Bürger nicht so merkt, stehen wir doch ganz gut da mit unserem System. Aber die subjektive Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die ist eben anders. Das ist nicht unbedingt statistisch, aber die subjektive Wahrnehmung ist, wenn sie Betroffene sind, dass es eigentlich nichts bringt.

Die, die schon mal so etwas erlebt haben, die dann gesagt haben, ich erstatte Anzeige, die sagen sich dann – und ich bin auch in Gespräche mit den Mitgliedern verschiedener jüdischer Gemeinden –: Bringt nichts, machen wir nicht. Ich denke, dass sich das jetzt ändern wird. Dazu dienen gerade die Antisemitismusbeauftragten. Die haben neben der Wirkung nach innen eine ganz wichtige Aufgabe der Wirkung hin zu denjenigen, die sich betroffen fühlen; betroffen sind, und müssen und auch diesen Erklärungs- und Aufklärungsfaktor wahrnehmen. Deshalb liegt auch in der Beschreibung der Aufgaben ganz viel „zentraler Ansprechpartner für“, „Kommunikator zu“, gerade zu den jüdischen Gemeinden.

Ich bekomme sehr viel positive Resonanz aus einigen jüdischen Gemeinden – Herr Rappoport ist ja einer, der sich mit diesen Themen sich als früherer Richter gut auskennt. Er meinte, dass das wirklich der richtige Weg ist, und er wird sich sehr einsetzen, dass auch so in seinem Umfeld zu kommunizieren. Ich denke, wir müssen jetzt abwarten, ob das tatsächlich Früchte trägt. Ich glaube, dass das wirklich jetzt etwas bringen kann und man damit auch ein Stück weit diese Aufklärung vornehmen kann, dass natürlich nicht alles strafbar ist.

Ich habe einmal eine Diskussion geführt, da hat jemand gesagt: Wir machen jetzt einen neuen Straftatbestand Antisemitismus. Dann habe ich gesagt: Und wie? Was wird jetzt da unter Strafe gestellt? – Antisemitismus ist strafbar. Ja, Rassismus ist strafbar. Extremismus ist strafbar. Das brauche ich hier nicht weiter zu erklären. Das geht natürlich überhaupt nicht, sondern es sind Verhaltensweisen, die auf eine gewisse Einstellung zurückführen und die dann aber entweder öffentlich oder bilateral dazu führen, dass eine Ehrverletzung erfolgt, dass der öffentliche Frieden gefährdet ist und vieles andere mehr. Das heißt, mit dem Wunsch nach allgemeinem Straftatbestand kommen wir der Sache nicht näher.

Ich sehe jetzt auch nicht den großen strafrechtlichen Handlungsbedarf. Da hat man jetzt noch mal eine neue Ergänzung des Volksverhetzungsparagrafen vor ein, zwei Tagen verabschiedet. Man hat die hetzerische Bedrohung, Beleidigung, die Volksverhetzung unter zwei Personen erfassen soll, weil die sonst immer mit der Störung des öffentlichen Friedens verbunden ist, unter Strafe gestellt. Jetzt geht es darum, dass auch von diesen Bestimmungen konsequent Anwendung gemacht wird. Wir müssen in den Berichten der Antisemitismusbeauftragten, aber auch aus dem Bereich der Polizei dann hören, wie weit diese Ermittlungsarbeit, die Strafverfolgungstätigkeit, die ja bei den Polizeibeamten liegt, auch da wahrgenommen wird.

Insgesamt denke ich, es ist ein wichtiger struktureller Schritt. Wenn wir nicht zufrieden sind mit Ergebnissen, wenn wir erst einen Bericht im nächsten Jahr haben, dann muss man genau da ansetzen, dass man sagt: Da haben wir vielleicht mehr erwartet. Aber ich halte das für eine deutliche Verbesserung und setze schon darauf.

Wir dürfen nicht verkennen, wir haben eine hervorragende Zentralstelle bei der Generalstaatsanwaltschaft Köln, die sich ausschließlich mit Internetkriminalität mit Blick auf Hassrede, Hasskriminalität – die es so als Tatbestand nicht gibt – beschäftigt. Und die kennen sich wirklich aus, nicht nur über die Strafbestimmungen, sondern über die Technik. Und die wissen auch, wie man mit Telegram umgeht. Denn ich muss eines hier auch mal ganz klar sagen: Telegram sitzt zwar angeblich in Dubai, und der Gründer Herr Durow sitzt mal in der Schweiz, mal in Frankreich und dann vielleicht auf den Seychellen, ist also nicht greifbar, aber die haben hier über 2 Millionen Nutzer und Nutzerinnen.

Und dann gilt die gesetzliche Regelung, dass sie den deutschen Gesetzen unterworfen sind. Die sind extra geschaffen worden, nicht für die kleinsten Messengerdienste, aber das ist nun ein riesiger. Von daher muss auch mit allen Formen von Zustellungen mit Androhung eines Bußgeldes gearbeitet werden, weil die nämlich nichts machen, um eine gewisse – ich sage es mal ganz vorsichtig – Moderatorenfunktion zu übernehmen, aber auch die Funktion, die nach den gültigen Gesetzen notwendig ist, nämlich Notice and Take Down, wahrzunehmen, dass sie, wenn sie Informationen über gewisse Äußerungen bekommen, diese dann auch runterzunehmen haben. Und da machen die natürlich gar nichts.

Inzwischen hat sogar Facebook kapiert, dass man sich da nicht nur abwenden kann, auch wenn man noch vieles verbessern müsste. Ich denke, die muss man wirklich in den Blick nehmen. Telegram ist unter zwei Aspekten zu sehen. Für die iranischen Demonstrantinnen ist Telegram ganz entscheidend. Sonst erfahren wir hier nämlich nichts, weil die ja alles andere abstellen und nichts rausdringt. Da ist es ganz wichtig. Also kann man Telegram nicht nur verdammen. Aber im Bereich von antisemitischen Äußerungen, aber auch Aufstachelungen zum Rassenhass, Rassismus, Polarisierung sind die natürlich auch ein beliebter Messengerdienst. Von daher haben sie da auch die Verpflichtungen einzuhalten, die hier für alle gelten. Und das, denke ich, muss von Seiten der zuständigen Stellen mit Unterstützung der Politik erfolgen. Dafür sind natürlich Auskunftsansprüche wichtig über Informationen. Die gibt es, aber die müssen auch durchgesetzt werden. Und da liegt eher die Problematik.

Codes zu entschlüsseln: Ich kenne die endgültige Fassung des Leitfadens hier in Nordrhein-Westfalen noch nicht, er ist gerade in der Beratung. Aber ich weiß aus den anderen Leitfäden, die es dazu gibt, gerade aus Bayern, Berlin, Baden-Württemberg, dass auch Codes erklärt werden. Ostseeküste, Finanzwirtschaft, Rothschild, vieles andere mehr: Da taucht natürlich weder jüdisch noch sonst irgendetwas auf. Das muss man wissen. Und das ist nicht Allgemeinwissen. Und deshalb wird das da aufgeführt, und ich gehe davon aus, dass das hier auch passieren wird. Denn das soll gerade mit die Hilfestellung sein für die Staatsanwälte und dann auch für die Polizei in dem Zusammenwirken, dass das eben entsprechend dann in die Arbeit auch einfließt. Ich glaube, das war jetzt der Bereich der Justiz.

Meldestelle: Wir haben – Frau Schäffer, Sie hatten danach gefragt – einmal [m²] in Köln, und wir haben noch ADIRA in Dortmund. Und die drei, Düsseldorf, Köln [m²] und ADIRA Dortmund gehören zur Meldestelle Antisemitismus, aber nicht die andere Beratungsstelle für Schülerinnen und Schüler. Wie weit die sich untereinander wiederum

austauschen, kann ich nicht sagen. Das kann aber natürlich Jörg Rensmann, der Leiter der Meldestelle. Austausch hört sich gut an. Aber der Austausch muss untereinander unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte und des Datenschutzes erfolgen, denn da geht es ja um ganz sensible Dinge.

Wenn Sie da nicht wirklich auch die Vertrauenswürdigkeit von Anfang an gegenüber ihrer – in Anführungsstrichen – „Kundschaft“ herstellen, dann erreichen wir nicht das, was wir wollen, dass sich die Menschen sehr vertrauensvoll an diese Meldestelle wenden. Im Bericht werden wir sehen: Es werden regelmäßig Vorfälle erfasst, auch dargestellt, ja. Und das ist – Herr Wedel, Sie hatten danach gefragt – auch in Kategorien eingeteilt. Deshalb war es so wichtig, und deshalb hatte ich das auch in meinen Berichten immer geschrieben: Es muss nach RIAS-Standards erfolgen.

Natürlich kann man da viele unterschiedliche Kriterien finden. Aber wenn da wieder alle Stellen unterschiedlich sind, dann habe ich gar keine Vergleichbarkeit. Ich brauche die Standards, die werden hier angewandt. Deshalb kann dargelegt werden, welche das sind und wie man damit umgeht. Dann kann man auch Zuordnungen besser vornehmen. Man hat vielleicht auch wieder etwas für die allgemeine gesellschaftliche Arbeit, wenn man daraus auch Rückschlüsse auf Einstellungen, Umfeld und so weiter ziehen kann. Von daher kommt dem auch eine gewisse – das war auch immer mit eines unserer Anliegen – Erhellungsfunktion zu. Und dafür, denke ich, ist die Meldestelle mit – nicht nur, aber auch – da.

Bildungsbereich: Ich kann Ihnen keinen Zeitplan nennen. Das, denke ich, ist das Gespräch, das Sie mit der Bildungsministerin führen. Ich habe nur den Eindruck, dass sie sehr engagiert zu Werke geht, das muss ich wirklich sagen, also sich die verschiedenen Themen vorgenommen hat, auch was die Schulbuchuntersuchung angeht. Natürlich ist es ihre Sache, mit Verlagen zu verhandeln. Ich denke aber, wenn man wegen einer Sache – da wird das Judentum teilweise noch in vollkommen alter, orthodoxer Form auch in Bildern dargestellt; das ist auch einer der Kernpunkte, der angesprochen wird in dieser Schulbuchuntersuchung – Schulbücher überarbeitet, dann muss man das schon umfassender machen. Denn die nächste Schulbuchüberarbeitung kommt vielleicht in zehn Jahren. Es ist auch viel zu aufwändig, viel zu teuer, zeitaufwändig. Also wenn, muss man da einen breiteren Blick mit Diskriminierung, Antidiskriminierung, anderen Dingen drauf haben als nur auf den einen wichtigen Aspekt, zu dem diese Untersuchung durchgeführt worden ist.

Die 150 Delikte, die im Zusammenhang mit den Maidemonstrationen erfasst wurden, haben natürlich nicht alle zu Verfahren geführt. Das ist dann deutlich niedriger. Aber von denen, denen man das da so zurechnet, handelte – es waren ja teilweise Spontandemos, die durch einen Tweet oder eine Nachricht, die ganz schnell wie ein Lauffeuer rumgegangen sind, in Gang gesetzt wurden – es sich bei einem Großteil um Menschen mit Migrationshintergrund, die aus anderen Teilen, aus anderen Staaten kommen oder wo die Eltern hier schon lange leben, die hier geboren sind, aber es andere kulturelle Bezüge gibt. Da ist schon deutlich geworden, dass das ein nicht unerheblicher Anteil gewesen ist.

Ich will in diesem Zusammenhang – wir werden uns im Büro noch intensiver damit beschäftigen – auf die neueste Studie vom Sachverständigenrat zur Integration und

Migration hinweisen, weil man sich dort mit antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen in Deutschland befasst, nicht nur mit Blick auf Straftaten, sondern mal untersucht: Wie sind antisemitische Einstellungen bei Menschen mit Migrationshintergrund, bei Menschen ohne Migrationshintergrund? Welche Rolle spielt die Schulbildung dabei? Nach den ersten Blicken, die ich in die Studie werfen konnte, ist dort ein Satz zu lesen: Bei Menschen mit Migrationshintergrund ist tendenziell der Anteil antisemitischer Einstellungen höher. Aber der wird wieder geringer, wenn hier in Deutschland die Schule besucht wird und ganz andere Formen von Erkenntnissen und Begegnungen stattfinden, wodurch man einen anderen Blick bekommt als vielleicht einen, den man eher etwas einseitig zuhause vielleicht sonst übermittelt bekommt. Also sehr differenzierend, aber schon den Blick darauf werfend: Natürlich ist das ein wichtiges Thema. Das darf man auf keinen Fall ausblenden.

Ich sehe jetzt hier keinen Zusammenhang mit der jetzigen Entwicklung: Wir haben viele Flüchtlinge, viele Geflüchtete, wir haben einen Herbst, einen Winter vor uns, in dem uns das auch noch beschäftigen wird. Ich sehe aber jetzt nicht so diesen importierten Antisemitismus. Wir haben ihn hier, wir haben ihn auch hier in der Zuwanderungsgesellschaft, wir haben ihn auch hier bei den Menschen, die aus anderem kulturellem Umfeld kommen, ja. Und das kann sich auch fortsetzen in den Generationen. Und deshalb müssen wir uns damit intensiv beschäftigen. Und das, was dieses Sachverständigenrats-Gutachten sagt: Begegnen ist das A und O. Wenn ich nur noch mit meinen Schlappen vor meinem Bildschirm sitze und die Dinge raushaue, dann komme ich natürlich schwierig an die Leute ran.

Aber es sind nicht alle. Da gibt es jetzt neuere Untersuchungen. Es gibt schon diese – wir nennen sie – Echokammern, Filterblasen, Bubbles und so weiter, und manche benutzen sie auch politisch ganz gern so, wenn man sagt, „jetzt hat man sie schon alle zusammen wie die Hühner auf der Stange, jetzt bombardiere ich die noch mal richtig mit meinen Einstellungen“. Das ist ein Effekt, der durch die sozialen Medien eintreten kann, den ich im Sinne für „ich will die Leute für mich gewinnen“ wie im Sinne „Shitstorm entwickeln“, damit ich ganz anders Leute ausgrenze. Das ist natürlich damit verbunden. Aber es ist nicht so, dass das wirklich eine riesengroße Anzahl von Menschen ist und dass da überhaupt keiner mehr erreichbar ist. Die, die irgendwann mal da landen – ja, da kommen wir nicht hin. Aber das Feld dazwischen, das ist wirklich sehr groß, und da lohnt es sich, um jeden zu kämpfen, sich zu überlegen: Wie kommt man ran? Durch Begegnungen, durch unterschiedliche Formen der Möglichkeiten von Kontakten, denn das ist das A und O nach wie vor, auch bei einer sich entwickelnden – ich sage mal in Anführungsstrichen – „Hasskriminalität“ im Netz. Und dass wir das nicht als rechtsfreie Zone ansehen, ich glaube, über diesen Quatsch brauchen wir gar nicht zu reden.

Ja, Verschiebung, das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe da keine Untersuchungen, wie weit die verschiedenen Formen des Antisemitismus da jetzt stärker oder schwächer sind. Dass aber in den letzten Jahren der – ich sage immer – israelbezogene Antisemitismus deutlich zugenommen hat, das hat natürlich eine politische Komponente. Machen wir uns nichts vor: Da müssen wir auch mal an anderer Stelle über einen Einfluss von BDL und Kultur und Antisemitismus und so weiter reden. Ich war sehr von angetan, wie Herr Zimmermann vom Kulturrat da eine sehr klare Haltung

eingenommen hat. Ich werde sehen, dass ich mich mit ihm treffe. Vielleicht kann man gerade im Bereich Kultur – ich glaube, da ist es dringend notwendig – auch noch etwas machen, weil da schon in Teilen – kein Pauschalurteil – Einstellungen vorhanden sind, die eher einen ganz anderen Zugang zu dem berechtigten Problem der Palästinenser haben, die aber nicht gegen die der Juden und Israelis ausgespielt werden dürfen.

Wir müssen alles tun, um Ansätzen, den Holocaust umzudeuten, was ja in der Abbas-Äußerung nach dem Motto „jeden Tag passiert ein Holocaust an den Palästinensern“ auch zum Ausdruck kam, strikt entgegenzuwirken.

Ich muss sehen: Wo gibt es Menschenrechtsverletzungen auch an Palästinensern? Was sind die Ursachen? Aber ich kann doch nicht sagen: So, jetzt haben wir den einen Holocaust lange genug gehabt, der ist jetzt abgehakt, und jetzt wenden wir uns mal anderen Fragen zu. Ich glaube, das ist eine ganz sensible Sache, und da lohnt sich wirklich eine ganz intensive Beschäftigung und Hinterfragung. Das kann man noch machen.

Ich hoffe, ich habe jetzt alle Fragen beantwortet. Sie gucken auch dauernd auf die Uhr, Herr Vossemer, und Sie haben auch absolut recht. – Und ich mache meine Arbeit sehr gerne ehrenamtlich. Punkt.

(Beifall)

Vorsitzender Klaus Vossemer: Das merken wir, liebe Frau Leutheusser-Schnarrenberger. Ja, ich muss leider ein bisschen auf die Uhr gucken, weil dieser Raum eine Anschlussverwendung hat für den Innenausschuss um 13:00 Uhr. Der eine oder andere Kollege hat auch noch eine Anschlussverwendung hier als Ausschussmitglied, und vorher muss auch noch ein bisschen aufgeräumt werden, das ist halt üblich. Deswegen tut es mir leid – wir können sicherlich noch Stunden diskutieren –, dass ich hin und wieder mal auf die Uhr schauen muss. Ich bitte da um Nachsicht.

Gibt es weitere Fragen? – Das ist jetzt erkennbar nicht der Fall. Dann haben Sie in der Tat alle Nachfragen auch erschöpfend und inhaltsreich auch beantwortet. Vielen herzlichen Dank dafür.

Man tut sich immer schwer zu sagen, dass wir uns auf den nächsten Bericht freuen. Das wäre sicherlich falsch, denn – Sie haben es eingangs gesagt – es wäre schön, wenn Ihre Aufgabe sich während Ihrer Tätigkeit erledigt. Mutmaßlich wird das leider nicht der Fall sein. Insoweit gehen wir davon aus, dass wir uns dann auch im kommenden Jahr spätestens wiedersehen zu diesem Thema, zu einem weiteren Bericht mit aber hoffentlich dann einer noch besseren tendenziellen Aussage, was das Ergebnis Ihrer Arbeit anbetrifft. Da sind wir sehr zuversichtlich und wünschen da noch mal viel Erfolg für. Ganz herzlichen Dank für Ihr Kommen.

6 Berichterstattung gemäß § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz NRW sowie über den Verfassungsschutzbericht 2021 *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6740
Vorlage 18/311

MDgt Jürgen Kayser (IM): Ich möchte eine kurze Einführung geben, vielleicht mit einem Schlaglicht auf die Entwicklung im ersten Halbjahr. Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat ja die Zahlen zum Thema Antisemitismus schon dargestellt. Ich würde noch mal ein Schlaglicht auf die Entwicklung erstes Halbjahr 2022 werfen. Das haben wir letzte Woche im Innenausschuss auch noch nicht so beleuchtet. Deswegen könnte ich dazu gerne etwas sagen.

Insofern erst mal vielen Dank für die Möglichkeit, Ihnen den Verfassungsschutzbericht 2021 vorstellen zu können. Sie haben die Zahlen eben zu den antisemitischen Straftaten schon gehört. Ich möchte Ihnen aber auch gerne noch mal einen Überblick geben über die Zahlen in den anderen Phänomenbereichen. Vielleicht aber vorher noch ein Hinweis: Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat darauf hingewiesen, dass die antisemitischen Straftaten im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahr ein Stück zurückgegangen sind. Wir ordnen das so ein: Sie befinden sich damit wieder auf dem ohnehin schon hohen Stand des Jahres 2020, ein Stück weit bereinigt um den Sondereffekt des Nahostkonflikts im letzten Jahr.

Gleichwohl muss man sagen, diese Zahlen geben uns natürlich auch weiterhin Anlass zur Sorge. Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat es umfassend ausgeführt, zumal sie nur den Blick auf das Hellfeld eröffnen. Und das führt uns dazu, wir haben es auch schon dargestellt in dem Bericht an Sie, dass wir ab dem nächsten Jahr wieder das Thema Antisemitismus in einem eigenen Sonderkapitel bei uns im Verfassungsschutzbericht ausweisen wollen. Wir hatten das zuletzt 2017 oder 2018 gemacht. Wir wollen das jetzt zu einem regelmäßigen Kapitel machen. Wir haben das bislang auch immer in den einzelnen Extremismusbereichen dargestellt. Aber wir sehen – Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat es auch dargestellt –, dass das ein Thema in allen Extremismusbereichen ist und natürlich auch umfassend in der Delegitimierer-Szene, die wir jetzt neu als Phänomenbereich haben. Ich glaube, es lohnt sich, da noch mal einen gebündelten Blick drauf zu werfen. Deswegen wollen wir das auch in einem eigenen Kapitel ab dem nächsten Jahr für das Berichtsjahr 2022 und dann fortgesetzt darstellen.

Eine Anmerkung zum Thema Judenstern: Minister Reul hat im Zusammenhang mit diesen Demonstrationen damals angeordnet, dass bewusst das Zeigen solcher Judensterne mit dem Stichwort „Ungeimpft“ in Nordrhein-Westfalen durch die Polizei zur Anzeige gebracht werden soll, damit es auch einer gerichtlichen Entscheidung zugeführt werden kann, damit wir da eine Rechtsklarheit haben. Wir waren jedenfalls dabei überzeugt, dass es sich dabei um Straftaten handelt. Deswegen ist das konsequent von der Polizei Nordrhein-Westfalen auch so umgesetzt worden.

Jetzt ein kurzer Überblick über die anderen Phänomenbereiche, die auch interessante Entwicklungen im ersten Halbjahr 2022 aufweisen. Uns beschäftigen als Verfassungsschutz neben dem Thema Antisemitismus aktuell – es ist auch schon angeklungen –, insbesondere das Thema – wir nennen es im Moment – „Demokratiefeinde“. Wir haben früher von der Corona-Protestszene gesprochen. Wir haben aber in der Vergangenheit, gerade in den letzten Wochen und Monaten, darauf hingewiesen, auch schon mit unserem letzten Sonderbericht zu dem Thema, dass sich diese Szene im Moment immer wieder neue Vehikel sucht.

Das heißt, neue Themen werden aufgegriffen. Es ist so ein enger Personenkreis von im Moment in Nordrhein-Westfalen 50 bis 70 Personen, die im Prinzip einfach versuchen, dagegen zu sein, gegen das System, das System abschaffen wollen und immer wieder neue Themen suchen, um das nach vorne zu bringen aus ihrer Sicht. Und da nutzen sie natürlich auch Verschwörungsmymen, und da spielen, anknüpfend an das, was auch der Abgeordnete Wolf eben angemerkt hat, auch immer antisemitische Topoi eine Rolle. Ganz verbreitet seit jeher in dem Bereich ist – und das wird auch jetzt wieder im Zusammenhang mit dem russischen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine genutzt –, dass das Ganze vom Westen ausgeht, von globalen westlichen Eliten, die hier versuchen, die Weltherrschaft an sich zu reißen. Das haben sie schon mit Corona gemacht, indem man versucht, die noch kritische Weltbevölkerung wegzuzimpfen. Jetzt ist es eben der Angriffskrieg, der eigentlich von der NATO und von den globalen Eliten ausgeht und der gegen Russland geführt wird, Russland als Opfer.

Das wird immer wieder umgedeutet, so wie man es gerade braucht. Und antisemitische Topoi, die meistens hinter diesen globalen westlichen Eliten stehen und als Verursacher dargestellt werden, spielen da regelmäßig eine Rolle.

Interessant ist insofern auch, dass sich dieses Thema „Demokratiefeinde“, die Menschen, die eigentlich immer gegen das System sind, auch im ersten Halbjahr in der Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität abgebildet hat. Wir haben nämlich nach den vorläufigen Zahlen für das erste Halbjahr festzustellen, dass wir im Bereich „nicht zuzuordnen“, der von der Polizei künftig als „sonstige Zuordnung“ ausgewiesen wird, in den ersten sechs Monaten 2.600 Straftaten haben. Das sind von den insgesamt 5.000, die wir im ersten Halbjahr hatten, mehr als die Hälfte, und die liegen damit auch schon knapp um 800 Straftaten über der Gesamtzahl des Jahres 2021 in diesem Bereich.

Da sind viele Versammlungsdelikte auch dabei, die zurückzuführen sind auf die zum Teil nicht angemeldeten Spaziergänge oder sonstige Verstöße gegen das Versammlungsrecht in der ersten Hälfte des Jahres, im Zusammenhang damals noch mit den Coronaprottestmaßnahmen, aber wir haben nicht nur Versammlungsdelikte, sondern wir sehen das auch im Bereich der Gewaltdelikte, wo wir auch im Phänomenbereich PMK (Politisch motivierte Kriminalität) „nicht zuzuordnen“ in den ersten sechs Monaten schon 61 von insgesamt 171 Gewaltdelikten im Bereich der PMK haben. Das ist also mehr als ein Drittel aller Gewaltdelikte im ersten Halbjahr 2022 und ist damit auch schon auf der Höhe fast des gesamten Niveaus im Vorjahr. Da hatten wir 69 Gewaltdelikte in diesem Bereich. Und diese Gewaltdelikte sind nach Bewertung der Polizeibehörden überwiegend auf den Bereich der Demonstrationen, Proteste im Zusammen-

hang mit dem Versammlungsgeschehen, aber auch zum Teil im Internet auf den Bereich der von mir genannten Demokratiefeinde zurückzuführen.

Ein ganz praktisches Beispiel, um eines herauszugreifen: Ende April 2022 gab es aus diesem Bereich zum Beispiel eine Körperverletzung zum Nachteil des Generalsekretärs der SPD im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung. Er ist da von einer Frau mit mehreren Eiern beworfen worden, ein Ei gegen den Kopf, man hat ihm ein Glas aus der Hand geschlagen. Die Tatverdächtige ist eindeutig der Querdenker- oder Demokratiefeinde-Szene zuzuordnen. Das heißt, wir sehen, das geht auch über rein verbale Aggressionen hinaus. Wir hatten es auch im Zusammenhang mit dem Bundestags- und dem Landtagswahlkampf, dass aus dieser Szene heraus immer wieder nicht nur Beleidigungen, sondern zum Teil auch tätliche Angriffe gegen Politikerinnen und Politiker heraus erfolgt sind. Das setzt sich, wie gesagt, in 2022 so fort.

Wichtig ist uns natürlich aber auch darzustellen: Diesen Demokratiefeinden – so bezeichnet – geht es um die Delegitimierung des Staates. Sie versuchen also aus unserer Sicht, die legitimen Proteste und das im Grundgesetz verankerte Recht auf Demonstrationsfreiheit zu unterwandern und für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Sie lehnen das demokratische Staatswesen ab und streben einen Systemwechsel an. Da unterscheiden sie sich aber von denen, die ansonsten im Rahmen von Versammlungen berechtigt von ihrem Versammlungsrecht und Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen. Im Moment sind wir in einer Krise, die weite Teile der Bevölkerung natürlich auch zu Recht beschäftigt. Die Frage „was sind die Ursachen dafür, und was kann dagegen getan werden?“ bildet sich natürlich auch in einem berechtigten politischen und gesellschaftlichen Diskurs ab. Und da ist es natürlich berechtigt, auch auf die Straße zu gehen. Wir haben aber, wie gesagt, den von mir eben genannten Kern insoweit im Blick, der einen Systemumsturz plant.

Wir stellen außerdem fest, dass sich in der aktuellen Situation auch Rechtsextremisten und die Delegitimierer-Szene stärker miteinander vernetzen, als das noch im ersten Halbjahr während der Coronaproteste der Fall gewesen ist. Da gab es zum Teil noch gewisse Abgrenzungen. Inzwischen ist es sogar schon fast eine ideologische Klammer, die da gebildet wird, vornehmlich aus dem Bereich des Rechtsextremismus, aus dem Bereich der neuen Rechten. Wir sehen das ganz stark in Ostdeutschland. Wesentliche Akteure sind da insbesondere die Identitäre Bewegung, das Kompaktmagazin, die versuchen, ganz gezielt im Rahmen eines fast strategisch angelegten Prozesses im Moment den Frust in der Bevölkerung, die Krise zu nutzen, um hier den Einfluss des Rechtsextremismus auf die bürgerliche Mitte auszudehnen.

Wir haben es auch in Nordrhein-Westfalen gesehen. Ein Beispiel – darüber habe ich im Innenausschuss auch schon mal berichtet –, die rechtsextremistische Gruppierung „Aufbruch Leverkusen“ hat versucht, diese Krise zu instrumentalisieren. Da gab es zum Teil schon entsprechende Verbindungen zu deutsch-russischen Gruppierungen, gemeinsame Versammlungen, wobei man insgesamt feststellen muss, dass die Mobilisierungsfähigkeit für dieses Thema in Westdeutschland eine andere ist, als das im Moment in Ostdeutschland der Fall ist. Die Versammlungen in Nordrhein-Westfalen erreichen im Maximum um die 1.000 Personen, in der Regel sind es aber deutlich

weniger, die für das Thema im Moment noch mobilisiert werden können. Man muss abwarten, wie sich das weiterentwickelt.

In Ostdeutschland hatten wir bei den Montagsdemonstrationen, über alle neuen Bundesländer gesehen, mit in der Spitze 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 3. Oktober. Ansonsten haben wir in den letzten Wochen so regelmäßig 60.000 bis 70.000 Menschen, die in Ostdeutschland für das Thema auf die Straße gehen.

Kurzer Blick noch in andere Bereiche: Politisch motivierte Kriminalität rechts liegt im ersten Halbjahr mit 1.950 Straftaten auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr. Bei den Gewaltdelikten haben wir einen leichten Rückgang. Das waren im gesamten Jahr 2021 121 Gewaltdelikte im Bereich PMK – rechts –, im ersten Halbjahr 48 Straftaten. Im Bereich PMK – links – haben wir ebenfalls einen leichten Rückgang. Da gab es 1.207 Delikte im Jahr 2021, und im ersten Halbjahr hatten wir 411 Straftaten. Einen deutlichen Rückgang haben wir im Bereich der Gewaltdelikte im Vergleich zum Jahr 2021. Das waren im ersten Halbjahr 40 Gewaltdelikte, im gesamten Vorjahr 141.

Im Bereich Islamismus haben wir einen ungefähr ähnlichen Trend, 28 Delikte PMK im ersten Halbjahr, 59 waren es im gesamten Vorjahr. Bei den Gewaltdelikten haben wir eine Erhöhung, aber auf ganz niedrigem Niveau, vier Straftaten PMK – Gewalt im Bereich Religiöse Ideologie – im ersten Halbjahr. Das war im Vorjahr ein Delikt.

Das ist – das hat Frau Leutheusser-Schnarrenberger für den Bereich des Antisemitismus auch schon gesagt – natürlich nur eine Tendenz, die vorläufig ist. Das hat auch mit Erfassungsmodalitäten im Bereich der Polizei zu tun. Viele Delikte werden auch erst gegen Jahresende erfasst und fließen dann erst in die endgültige Statistik ein. Aber es ist eine Tendenz, die in einigen Bereichen, insbesondere in dem Bereich der Demokratiefeinde ein interessantes Schlaglicht auf die Entwicklung wirft und die auch deutlich macht, dass wir diesen Phänomenbereich nicht zu Unrecht im Blick haben wie alle anderen natürlich auch.

Ich habe es auch schon im Innenausschuss gesagt: Zu dieser Entwicklung im Bereich Demokratiefeinde gehören natürlich noch viele andere Dinge. Dazu gehört auch Desinformation von außen, der Versuch von außen, unsere Gesellschaft zu destabilisieren. Das haben wir in einer gemeinsamen Sonderauswertung im Blick, und das werden wir auch in den nächsten Monaten weiter im Blick behalten. – Soweit ein kurzer Überblick, danke.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Vielen Dank, Herr Kayser, für diesen Parforce-Ritt durch einen sicherlich umfangreichen und aufschlussreichen Bericht. – Herr Wolf hatte sich zu Wort gemeldet, bitte schön.

Sven Wolf (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich versuche, das nicht in ganz so hohem Tempo zu machen wie Herr Kayser und mich auch auf wesentliche Fragen zu konzentrieren.

Ganz kurz, Herr Kayser, noch mal zu dem Thema Delegitimation. Danke auch, dass Sie da noch mal eine Sonderauswertung gemacht haben. Ich teile Ihre Einschätzung, dass das eine sehr große Gefahr ist, die – wie sagen Sie immer – Anschlussfähigkeit.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat es gerade auch gesagt: Spätestens dann, wenn die Menschen es im Portemonnaie merken, dann besteht durchaus die Gefahr, dass man versucht, diese Gruppen anzusprechen und das Thema Coronaproteste zu ersetzen durch die Inflation oder Angst vor steigenden Preisen.

Sie haben jetzt viel zu den Zahlen gesagt und auch, dass Sie für Nordrhein-Westfalen keine so große Sorge haben wie vielleicht Ihre Kollegen in den ostdeutschen Bundesländern. Aber vielleicht können Sie noch mal sagen, wo da die von Ihnen befürchteten Schwerpunkte liegen könnten.

Zum Thema Linksextremismus haben Sie gesagt, dass Sie erwarten, dass es im endgültigen Bericht auch einen deutlichen Rückgang gibt. Allerdings gibt es auch Entwicklungen, Entscheidungen, die in letzter Zeit getroffen worden sind, die gerade im links-extremistischen Bereich nicht unumstritten sind. Ich will da jetzt nicht drum rumreden und Lützerath hier erwähnen. Ich teile da die warnenden Worte des GdP-Vorsitzenden Herrn Mertens, der gestern in der „Rheinischen Post“ sehr ausführlich gesagt hat, es könne zu einer Eskalation dort kommen. Vielleicht da noch mal das, was Sie zumindest hier sagen können. Ansonst haben wir beide die Gelegenheit, auch in anderer Runde ohne Mikrofon darüber zu sprechen. Ich glaube, das habe ich jetzt allgemein ...

(Zuruf: Gibt es doch gar nicht!)

Doch, natürlich gibt es ein Kontrollgremium, und das muss es ja auch geben. Das sieht das Verfassungsschutzgesetz vor.

Den dritten Bereich, den ich kurz erwähnen will, ist der Bereich Rechtsextremismus. Ich glaube, da sind wir uns – bis auf eine Fraktion verständlicherweise – hier immer einig, dass das die größte Gefahr für unsere Demokratie ist. Da gibt es unterschiedliche Äußerungen sowohl der Bundesinnenministerin, auch des Landesinnenministers, die vom Tenor her in die gleiche Richtung gehen, auch mit dem Hinweis, dass sich das von der Straße ins Netz verlagert – das sind nicht meine Worte, das ist ein Zitat von Herbert Reul – und dass auch die moderne Kommunikation, Identitäre Bewegung, natürlich dazu beiträgt, anschlussfähig zu werden, insbesondere bei jungen Menschen – ähnliche Themen, die wir gerade zum Thema Antisemitismus besprochen haben.

Deswegen meine Frage, soweit Sie das jetzt beantworten können: Wie ist der Stand zum Thema AfD? Wie ist da die Bewertung, Beobachtung und auch die Einschätzung zwischen Ihnen und Ihren 16 weiteren Kolleginnen und Kollegen, Bundesamt und Länderverfassungsschutz? Ich glaube, dass man früher eher den Eindruck auch öffentlich vermittelt hat, das seien Konservativ-Bürgerliche, wo sich einige Rechtsextremisten verlaufen haben. Ich glaube, heute wissen wir, es ist genau umgekehrt. Das ist eine rechtsextremistische Gruppe, in der, wenn man sich die Fraktion hier anguckt, es keinen Konservativ-Bürgerlichen mehr gibt. Aber das finde ich bei der Bewertung auch wichtig, und das sollten wir Demokraten auch aussprechen. Das tun wir in diesem Haus auch. Es ist eine gute Gepflogenheit, dass wir uns davon nicht kleinmachen lassen.

Herr Esser, Ihre Fragen eben waren sehr sachlich. Aber natürlich müssen Sie sich auch zurechnen lassen, dass Sie öffentlich bekennende Antisemiten in Ihrer Fraktion, in Ihrer Partei haben. Ich halte das für meine Pflicht, das auch zu sagen und deutlich zu formulieren.

Eine Anregung möchte ich gerne auch dem Vorsitzenden mitgeben. Wir suchen immer wieder spannende Gesprächspartner. Das war heute auch sehr bereichernd. Vielleicht auch die Anregung, wenn wir uns mit dem Thema „Verschwörungsmythen“ beschäftigen: Da gibt es nicht viele WissenschaftlerInnen, die sich damit beschäftigen, aber insbesondere Frau Professorin Pia Lamberty. Es wäre eine Anregung, ob wir im Laufe der Planungen für das nächste Jahr überlegen, ob wir sie mal als Gast hier in den Hauptausschuss einladen. – Danke.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Die Anregung nehme ich gerne auf, Herr Kollege Wolf. Ich habe noch zwei Wortmeldungen. Herr Wedel und Herr Esser. Ich darf einfach noch mal auf die Uhr hinweisen, wie gesagt, auch Sie haben Anschlusstermine. Das ist jetzt leider so von der Taktung her. Sie haben sicherlich auch an anderer Stelle noch Gelegenheit, vertiefter einzusteigen, sofern Bedarf besteht. – Herr Wedel, bitte.

Dirk Wedel (FDP): Ich kann es auch ganz kurz machen, weil ich letzte Woche im Innenausschuss schon die Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen. Ich habe jetzt nur an einer Stelle eine andere Frage, die ich letzte Woche noch nicht gestellt habe. Was mich noch interessieren würde – das ist mehr eine aktuelle Geschichte und wenn Sie darauf aus bestimmten Gründen nicht antworten können, kann ich das sehr gut nachvollziehen, aber es ist natürlich die Frage, inwieweit Sie auch Erkenntnisse darüber haben, ob hier Auslandsgeheimdienste oder wer auch immer gerade eine besonders hohe Tätigkeit ... oder ob es zumindest Anhaltspunkte dafür gibt.

Man liest jetzt immer wieder aus Norwegen, dass da Menschen verhaftet werden, die da offensichtlich an entsprechenden Stellen versuchen, Erkenntnisse zu sammeln über neuralgische Punkte, und irgendwie wird einem nicht so ganz wohl dabei, wenn man denkt, dass Deutschland offensichtlich auch im Fokus da steht als wichtiger Player in Europa. Wenn Sie das jetzt hier nicht beantworten können, hätte ich Verständnis dafür. Das Einzige vielleicht, ob es bei Ihnen zumindest eine gestärkte Aufmerksamkeit in diesem Bereich im Moment gerade gibt. – Danke.

Klaus Esser (AfD): Vielen Dank, Herr Kayser, für die Vorstellung des Berichts. Ich wollte eigentlich auch mit Blick auf die Uhr jetzt nicht großartig dazu etwas nachfragen, Kollege Wolf hat jetzt aber doch einen Anlass dazu gegeben. Ich möchte aufs Deutlichste und aufs Schärfste diese konkrete, gerade eben ausgesprochene Beschuldigung zurückweisen, dass die Fraktion der AfD im Haus rechtsextrem sei, dass das also alles Rechtsextreme sind. Ich glaube, dass das ein ziemlich unverschämter Anwurf ist. Ich darf den auch für meine Person aufs Deutlichste zurückweisen.

Ich hatte – Sie haben das auch gehört, vielleicht haben Sie es nicht wahrgenommen – in der Obleuterunde schon gesagt, dass ich in der CDU sozialisiert wurde, 21 Jahre lang, und nicht nur passives Mitglied war, acht Jahre hier im Haus für diese Fraktion gearbeitet habe. Wir können uns gerne darüber unterhalten, ob Arbeiten für die CDU hier im Hause ein Radikalisierungsnährboden ist, auf dem sich dann Rechtsextreme entwickeln oder nicht. Aber ich glaube, solchen politischen Spökes, den sparen wir uns lieber.

(Sven Wolf [SPD]: Ich verteidige unsere Demokratie!)

– Ja, das ist sehr schön, wenn Sie die verteidigen. Das ist sehr gut. Ich sehe mich genauso in dieser demokratischen Verpflichtung. Ich kann Ihnen sagen, dass ich zumindest nach den Möglichkeiten, die unsere Gesetze bieten, mit zum Beispiel schiedsgerichtlichen Mitteln und auch anderen Mitteln ... – Sie haben vor Kurzem eine Maßnahme hier im Haus gemerkt, wir sind auch nicht in einem Dialog, Herr Wolf, wir können das gerne mal bei einer Zigarette so machen, wenn Sie wollen. Ich glaube, da biete ich wenig Anlass zu solchen Äußerungen, aber gut. Das kommt von einer Partei mit dem Bundeskanzler der Erinnerungslücken, mit Edathy, mit sonstigen Fällen. Das muss man dann wahrscheinlich in das politische Säbelrasseln einarbeiten.

Ich bin, Herr Kayser, wie ich gerade gesagt habe, sehr kritisch in die eigene Echokammer, in die eigene Blase hinein, finde es deswegen auch grundsätzlich richtig, dass hier der ehemalige Flügel, der ja aufgelöst ist, genannt wird. Wir kennen das. Es wäre völlig unrealistisch zu denken, dass sich diese Personen, die sich dieser Gruppierung zugehörig fühlen, mit Auflösung in Staub zerfallen. Es ist auch in der Geschichte, nach der NS-Zeit, nach dem Ende der DDR auch in Deutschland nicht passiert, dass handelnde Personen plötzlich von der Bildfläche verschwunden sind. Gleichwohl gibt es, das möchte ich klar sagen, ganz klare Bestrebungen innerhalb der Partei und innerhalb hier auch im Hause unserer Fraktion, dass wir von Extremisten Abstand nehmen. Ich weiß nicht, ob Ihr Haus das auch wahrnimmt.

Eine abschließende Bemerkung: Ich finde Ihren Bericht, weil ich viele solcher Berichte schon über die Jahre gelesen habe, in Teilen etwas unvollständig. Es gibt beispielsweise hier, ich glaube, im Innenausschuss ist es angesprochen worden, ein Nicht-Nennen beim Personenpotenzial linksextremistischer Seite, also eine fehlende Quantifizierung der Solid Links-Jugend, die aber nachher auf Seite 146 wieder gemacht wird. Ich denke, diese Frage ist Ihnen schon gestellt worden. Ihr Haus hat darauf geantwortet, dass man das nachprüfen will.

Das Personenpotenzial, das Sie zumindest dem Völkisch-nationalistischen Personenzusammenschluss, ehemals Flügel in NRW, zumessen von 950 Personen – ich darf Ihnen ganz ehrlich sagen, ich war drei Jahre Landesgeschäftsführer unserer Partei, ich kenne den Laden in- und auswendig. Wenn wir die Hose ganz weit spannen, kommen wir auf 200 bis 250, die wirklich Idioten sind, die Zahl nimmt ab. Ich lade Sie ganz herzlich ein: Kommen Sie mal bei mir vorbei, oder lassen Sie uns da mal ins Gespräch kommen, wenn Sie Interesse daran haben. Es gibt einen Parteimanager. Ich zeige Ihnen das gerne. Da brauchen Sie gar nicht über Telegram-Gruppen zu gehen. Die Zahl ist weit übertrieben.

Für den Rest danke ich Ihnen und auch den anderen Kolleginnen und Kollegen.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Soweit die Wortmeldungen aus der Runde. – Herr Kayser, bitte, wenn Sie noch Stellung nehmen könnten zu den aufgeworfenen Fragen.

MDgt Jürgen Kayser (IM): Ja, ich gehe gerne auf die einzelnen Anmerkungen und Fragen, soweit mir das hier möglich ist, ein. Abgeordneter Wolf hatte zunächst gefragt

im Zusammenhang mit der Energiekrise, Energiemangellage; Stichwort „heißer Herbst“, was befürchten wir da? Womit rechnen wir, oder was macht uns da die meisten Sorgen? Wir haben diese Sonderauswertung deswegen auch in Nordrhein-Westfalen so frühzeitig eingerichtet, weil wir im letzten Jahr im Zusammenhang mit den Coronaprotesten gesehen haben, dass ein solches Thema sehr schnell ein hohes Radikalisierungspotenzial bieten kann. Und wir gehen auch davon aus – das zeigen auch Umfragen –, dass große Teile der Bevölkerung von dieser Krise ganz praktisch betroffen sind. Noch haben vielleicht nicht alle ihre Rechnungen bekommen, aber gerade, wenn Menschen in Existenzsorgen kommen, dann sind sie – das zeigt auch die Geschichte – besonders anfällig für Radikalisierung und für Extremismus. Um das möglichst niedrigschwellig erfassen zu können, haben wir diese Sonderauswertung eingerichtet. Jetzt sehen wir im Rahmen dieser Sonderauswertung, dass wir im Moment schon sehr unterschiedliche Lagen auch in Deutschland haben. Das Bundesamt hat eine ähnliche Sonderauswertung eingerichtet.

Was es noch zusätzlich erschwert, vielleicht auch im Vergleich zu früheren Krisen, ist, dass wir merken, diese Krisen werden aus dem Ausland noch zusätzlich befeuert – Stichwort Desinformation, Destabilisierung. Es gibt gezielte Versuche, über soziale Medien hier falsche Narrative zu verbreiten, die auch breit rezipiert werden. Manche YouTube-Kanäle haben da mehrere hunderttausend Follower, wo solche Desinformationen verbreitet werden. Das ist natürlich etwas, was uns dann Sorge bereitet, weil wir – und auch das lehrt die Geschichte – aus Anfängen von größeren Krisen plus extremistischer Saat, die da gesät wird, irgendwann sehen, dass daraus vielleicht eine breite Radikalisierung eintreten kann. Und das wollen wir möglichst frühzeitig in den Blick nehmen.

Stichwort Lützerath, Linksextremismus: Ja, ich habe deswegen auch gesagt, die Zahlen, die wir im ersten Halbjahr gesehen haben, sind vorläufig. Man wird für alle Extremismusbereiche sicherlich abwarten müssen, was dann am Ende unterm Strich steht. In Lützerath sehen wir schon, dass sich die Situation auch durch die kürzlich gefassten Regierungsbeschlüsse nicht unbedingt befriedet hat, sondern wir sehen Versuche, insbesondere aus dem Bereich des Linksextremismus, durch radikalisierte Äußerungen auch wieder Einfluss – Stichwort Entgrenzung – auf bürgerliche Bewegungen zu nehmen.

Wir sehen im Moment in Lützerath ein nach wie vor sehr gemischtes Publikum in der Protestszene, wobei wir sagen würden, anders als das vielleicht Herr Mertens in dem Interview gestern dargestellt hat, dass der bürgerliche Protest in Lützerath im Moment überwiegt. Wir haben eine Größenordnung von 20 bis 30 Personen, die wir da vielleicht dem Linksextremismus zurechnen würden. Der überwiegende Teil ist eher der bürgerlichen Klimaprotestbewegung zuzurechnen. Aber es gibt diese Versuche, auch die bürgerliche Bewegung weiter zu radikalisieren, durch Äußerungen auf jeden Fall, und wir sehen zumindest in den letzten Tagen, dass die Straftaten im Sinne niedrigschwelliger Sachbeschädigung wieder zunehmen. Insofern, auch das müssen wir eng im Blick behalten. Auch da können wir natürlich nicht ausschließen, dass sich die Situation weiter zuspitzt.

Rechtsextremismus als größte Gefahr für die Demokratie: Zum einen bewerten wir das deswegen so wegen der Anschlussfähigkeit. Die Themen, die dort besetzt werden im Moment – ich hatte die Strategie der Neuen Rechten in Ostdeutschland angesprochen –, finden bei vielen Menschen in der Bevölkerung Anklang. Es sind Themen, die weite Teile der Bevölkerung bewegen. Das unterscheidet die Themen, die der Rechtsextremismus besetzt, von den Themen zum Beispiel, die im Islamismus besetzt werden. Der Islamismus versucht, in bestimmten Bereichen auch zu entgrenzen, aber es gelingt ihm nicht so gut. Das ist etwas, was uns da besondere Sorge macht.

Dann haben Sie auch die Entwicklung im Netz angesprochen. Die macht uns in allen Extremismusbereichen besondere Sorgen. Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat es ja angesprochen. Wir sehen viele Jugendliche, die sowohl im Islamismus, aber auch im Bereich Rechtsextremismus für entsprechende Propaganda anfällig sind, sich radikalieren. Im Rechtsextremismus spielt die Gamingszene tatsächlich eine besondere Rolle. Wir haben das bei den Attentaten erlebt. Da werden sogar die Attentäter ja glorifiziert, im Sinne von „wer hat den höchsten Kill Score“. Das sind alles Dinge, die da eine Rolle spielen und die wir da im Blick haben müssen. Das ist sicherlich noch mal ein besonderer Treiber. Das unterscheidet sich deutlich vom Extremismus von vor vielleicht zehn Jahren.

Das ist übrigens auch der Grund, Sie haben es gesagt, warum wir zum Beispiel auf der Gamescom sind und da mit einem Spiel vertreten sind, um zu versuchen, präventiv auch auf die Szene zu wirken.

Stichwort AfD: Sie wissen, das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die AfD im Bund als Verdachtsfall eingestuft. Das Verwaltungsgericht Köln hat das bestätigt. Wir haben aus unserer Sicht zu dieser Materialsammlung, die das Bundesamt für dieses Gerichtsverfahren genutzt hat, aus Nordrhein-Westfalen die Erkenntnisse, die wir dazu haben, beigetragen. Ansonsten sind wir aber auch der Auffassung, dass die Landesverbände der AfD immer noch mal davon separat bewertet werden müssen. Das ist eine durchaus komplizierte rechtliche Fragestellung. Da sehen wir keinen Automatismus, nur weil der Bundesverband eingestuft ist, muss nicht zwingend auch automatisch der Landesverband eingestuft werden. Es ergibt sich auch schon aus dem Parteiengesetz, dass grundsätzlich Landesverbände und Bundesverbände nicht identisch behandelt werden. Also insofern bedarf das einer sauberen rechtlichen Prüfung.

Wir haben im Moment im Verfassungsschutzbericht die Völkisch-Nationalistischen Einschlüsse dargestellt – das hat Herr Esser auch dargestellt. Das ist das, was wir im Moment sehen. Wenn sich da tatsächlich oder rechtlich etwas ändern sollte, würden wir darüber berichten.

Zu der Frage von Herrn Wedel, Erkenntnisse über die Tätigkeit ausländischer Nachrichtendienste: Ich kann das hier nicht im Detail darstellen. Aber das, was Sie auch in den letzten Tagen und Wochen vermehrt in den Medien lesen konnten, ist natürlich etwas, was ein ganz wichtiges Tätigkeitsfeld der Nachrichtendienste und der Sicherheitsbehörden überhaupt geworden ist. Wir haben das, bis vor drei, vier Jahren ein Stück weit aus dem Blick verloren, weil die allgemeine Großwetterlage war: Wir arbeiten doch mit allen irgendwie gut zusammen. Wir haben das ein Stück weit im Bereich der Nachrichtendienste immer im Blick gehabt, aber jetzt noch mal ganz verstärkt. Wir

sehen da ganz unterschiedliche Arten der Versuche der Einflussnahme. Das unterscheidet auch die unterschiedlichen Staaten.

Aber man kann sagen, sowohl China, Iran, Türkei aber auch insbesondere natürlich Russland wirken alle hier in Deutschland in unterschiedlichster Art und Weise, verfolgen hier ihre Interessen; sei es Einflussnahme auf die hiesige Diaspora, also die Auslandsbevölkerung, sei es, indem sie versuchen, auch robust Einfluss zu nehmen, indem sie versuchen, Infrastruktur auszukundschaften, was in Deutschland im Moment relativ einfach ist, weil wir viel im Internet veröffentlichen. Das möchte ich vielleicht in diesem Zusammenhang auch noch als allgemeinen Appell in die Runde geben. Wir haben im Moment viele Gesetze, die vorsehen, dass wir viele Daten über unsere Genehmigungsverfahren und so weiter im Intranet bereitstellen, auch über Infrastruktureinrichtungen. Da muss man vielleicht umdenken, ob wir das zumindest nicht wieder ein Stück weit zurückdrehen. Denn wir machen es damit auch ausländischen Nachrichtendiensten sehr einfach, unsere Infrastruktur auszukundschaften. Man muss dafür noch nicht mal über ein Spionagediplom verfügen, würde ich mal behaupten. Insofern, ja, das haben wir natürlich sehr eng im Blick, und die Aktivitäten sind sehr hoch.

Eine Sache noch, Linksjugend: Das ist letzte Woche angesprochen worden, und wir haben es noch mal überprüft. Der Unterschied tatsächlich ist der, was das Personenpotenzial angeht: Wir bewerten die Linksjugend als eine linksextremistische Organisation. Deswegen nennen wir sie auch im Verfassungsschutzbericht. Aber nach den Regelungen im Bereich der Partei der Linken ist es so, dass jeder, der unter 35 Jahre alt ist, automatisch Mitglied in der Linksjugend ist. Wir haben aber Erkenntnisse, dass nicht jeder, der in der Linksjugend ist, automatisch auch Extremist ist. Und das macht es schwer, das Personenpotenzial genau zu beziffern. Deswegen weisen wir es in der Übersicht nicht aus.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Vielen Dank, Herr Kayser. Ich schaue noch mal in die Runde. – Keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir auch diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

7 Verschiedenes

hier: **Sitzungstermine 2023** (s. Anlage 2)

Vorsitzender Klaus Vossemer verweist auf die den Abgeordneten zugesandten Termine für das Jahr 2023. Er frage, ob es aus der Runde noch etwas zu dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ gebe. – Das sei erkennbar nicht der Fall.

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine für das Jahr 2023.

gez. Klaus Vossemer
Vorsitzender

2 Anlagen

12.12.2022/13.12.2022



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
Klaus Vossemer
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Sven Wolf MdL
Sprecher im Hauptausschuss

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 70
F 0211.884-32 41
sven.wolf@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

17.10.2022

Anmeldung von Berichtswünsche der SPD-Fraktion für die Sitzung des Hauptausschusses am 27.10.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion im
Hauptausschuss benenne ich für die Sitzung des Hauptausschusses
am 27.10.2022 folgende Tagesordnungspunkte:

- 1. Berichterstattung gemäß § 5b Abs. 4
Verfassungsschutzgesetz NRW, sowie über den
Verfassungsschutzbericht 2021**
Schriftlicher Bericht der Landesregierung

Hintergrund:

Im Verfassungsschutzgesetz NRW heißt es in § 5b Abs. 4, dass „das für Inneres zuständige Ministerium dem Hauptausschuss des Landtags jährlich über Maßnahmen nach § 5 Absatz 2 Nummer 6, 7 und 10 bis 14 berichten [soll]; § 26 Absatz 2 gilt entsprechend.“ Da neben dem Innenausschuss auch der Hauptausschuss in vielfältiger Weise Überschneidungen mit den Themenfeldern des Verfassungsschutzes aufweist, ist eine Berichterstattung, die eine andere Schwerpunktsetzung als die des Innenausschusses aufweist, wünschenswert. Dies bietet zudem dem neuen Abteilungsleiter des Verfassungsschutzes NRW die Möglichkeit sich vorzustellen und über die zum Teil

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



auch im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschuss befindlichen Themen wie Rechtsextremismus oder Antisemitismus zu beraten.

2. Aktueller Sachstand der Umbaukosten der Staatskanzlei
Schriftlicher Bericht der Landesregierung

Hintergrund:

Zuletzt hat die Staatskanzlei mit der Vorlage 17/6666 vom 28. März 2022 dem Hauptausschuss zu sich Verändernden Baukosten berichtet. Die Landesregierung wird gebeten, die Veränderungen der Bauzeitplanungen und Baukosten seit diesem Bericht in Ihrem schriftlichen Bericht darzustellen, ebenso wie die sich hieraus ergebenden Mietanpassungen. Auch soll der Bericht auf den aktuellen Stand der Vergaberüge, die hierdurch möglicherweise entstandenen Mehrkosten und möglicher weiterer Vergaberügen eingehen.

3. Nebentätigkeiten von Beschäftigten der Landesregierung in zeitlicher Nähe zur Landtagswahl 2022
Schriftlicher Bericht der Landesregierung

Hintergrund:

Der Landtag hat sich in einer Fragestunde am 31.08.2022 und in mehreren Kleinen Anfragen mit den Nebentätigkeiten von fünf Beschäftigten der Landesregierung für die NRW CDU in zeitlicher Nähe zur Landtagswahl (01.01. bis 15.05.2022) beschäftigt. Unklar ist bisher unter anderem, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Social-Media-Kanäle der Landesregierung die entsprechenden Beschäftigten hatten (Vorlage 18/199). Auch ist nicht beantwortet, in welche Ressorts die betroffenen Beschäftigten in der Landesregierung tätig waren. Die Landesregierung wird gebeten, in ihrem schriftlichen Bericht alle aus der Fragestunde und den Kleinen Anfragen offengebliebenen Fragen, die inzwischen einer Antwort zugeführt werden können zu beantworten und darzustellen aufgrund welcher rechtlichen Erwägungen eine Beantwortung der weiteren Fragen nicht erfolgen kann und ob zur Prüfung, ob und



welche Fragen beantwortet werden können externe rechtliche Beratung zu Hilfe genommen wurde.

4. Nachtragshaushalt 2022: 29 neue Stellen für die Staatskanzlei

Schriftlicher Bericht der Landesregierung

Hintergrund:

Im Nachtragshaushalt werden 29 neue Stellen im Einzelplan des Ministerpräsidenten ausgewiesen. Der schriftliche Bericht soll darauf eingehen, welche Neustrukturierung und welche neuen Aufgaben der Staatskanzlei durch die Regierungsneubildung entstanden sind und welche Aufgaben die 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen werden, insbesondere bezogen auf folgende Stellen:

- 5 Stellen Regierungsneubildung
- 11 Stellen Fokus Organisation, Digitalisierung, Zivile Alarmplanung
- 4 Stellen Fokussierung Koordinierungsaufgabe Staatskanzlei
- 4 Stellen Fokussierung Informationsaufgabe Staatskanzlei

Mit freundlichen Grüßen

Sven Wolf MdL
Sprecher im Hauptausschuss

Tischvorlage 1 – TOP 7 Sitzung des Hauptausschusses am 27.10.2022

19.01.2023

09.02.2023 (Bedarfstermin)

02.03.2023

23.03.2023 (auswärtige Sitzung)

27.04.2023

11.05.2023 (Bedarfstermin)

17.08.2023

14.09.2023

28.09.2023 (Beratung Entwurf HHG 2024)

19.10.2023

02.11.2023

07.12.2023